

Papen erkennt Milliarden-Zahlung an
Der Abschluß in Lausanne
U-Boot-Mannschaft verloren
Kritisches zur Danziger Arbeitslosigkeit
Preußen-Landtag aufgefliegen
Aufobus-Stadtlinie eingestellt

Heute: D. V. am Sonntag

DANZIGER

Volkstimme

Einzelpreis 20 P oder 40 Groszy

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus 6 / Polische. Konto: Danzig 2945 / Fernsprechanruf bis 6 Uhr abds. unter Sammelnummer 215
 Von 6 Uhr abends: Schriftleitung 242 06 / Anzeigen-Annahme, Exped. u. Druckerei 242 07 / Anzeigenpreis monatl. 6,00 G wochentl. 0,75 G.
 in Deutschland 2,50 Goldmark, durch die Post 3,00 G monatlich / für Fernschreiben 5 Mark / Anzeigen: 0,16 G das Millimeter, wochentl.
 0,80 G das Millimeter, in Deutschland 0,16 u. 0,80 Goldmark / Abonnem.- u. Inseratenanfragen in Polen nach dem Da-jaer-Zeitungsbuch.

23. Jahrgang

Sonnabend, den 9. Juli 1932

Nummer 159

Das Ergebnis von Lausanne:

Deutschland zahlt drei Milliarden

Lausanne, 8. Juli.

Die Konferenz von Lausanne hat in der wichtigsten Frage ihres Programms ein positives Ergebnis erzielt. Am Freitagvormittag, kurz vor 13 Uhr, ist die Einigung über die Reparationsfrage zwischen Deutschland und Frankreich erfolgt. Um 16 Uhr fand eine Sitzung der sechs einladenden Mächte statt, in der Mitteilung von dem erzielten Ergebnis gemacht wurde. Man beschloß, am 21 Uhr abends eine öffentliche Vollversammlung der Konferenz und am Sonnabend, vormittags 10 Uhr,

die feierliche Schlussung mit der Unterzeichnung abzuhalten.

Der Vertrag von Lausanne beginnt mit einer Präambel, die den Verlauf der Konferenz schildert, einen Hinweis auf die Eröffnungssitzung enthält und an das Memorandum vom 16. Juni erinnert. Das eigentliche Vertragswerk enthält fünf Teile: 1. Das Abkommen der Gläubiger mit Deutschland. 2. Ubergangsmassnahmen bis zum Inkrafttreten des Abkommens. 3. Das Protokoll der Auslegung der Reparationen bis zum 15. Dezember. 4. Eine Entschliessung über den beschleunigten Aufbau der ost- und zentral-europäischen Wirtschaft. 5. Die Entschliessung über die Einladungen und den Vorbereitungsausschuss für die Weltwirtschaftskonferenz. Materiell stellt sich der Inhalt des Gläubigerabkommens mit Deutschland wie folgt dar: Deutschland erhält ein Totalmemorandum von 127 Milliarden. Daraus hat es die Verpflichtung,

drei Milliarden Reichsmark zu bezahlen,

die in Form von Reichsschuldverschreibungen der BZ in Basel als Treuhänder übergeben werden. Vom 1. Juni 1933 an können diese Schuldverschreibungen kommerzialisiert, d. h. zum Verkauf auf den verschiedenen Geldmärkten angelegt werden in dem Maße, wie es die Kreditlage Deutschlands gestattet und nachdem das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands wiederhergestellt ist. Die Begebung der Reichsanleihe auf den auswärtigen Märkten kann immer nur in einer Höhe erfolgen, die jeweils der tatsächlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands entspricht. Der Erlös steht den Gläubigern zur Verfügung. Ueber die Verteilung des Erlöses müssen die Gläubiger selbst entscheiden. Nur für die Beträge, die untergebracht sind,

bezahlt Deutschland die Verzinsung von fünf Prozent

und die Tilgung von einem Prozent. Für die Ausgabe der Schuldverschreibungen muß ein Mindestkurs von 90 Prozent erzielt werden. Sämtliche Schuldverschreibungen, die nach Ablauf von 12 Jahren noch nicht abgesetzt sind, werden als verfallen erklärt. Sollte ein Mindestkursabsturz von 90 Prozent nicht erzielt werden können, so kann er herabgesetzt werden durch einen Beschluß mit Zweidrittelmehrheit des Verwaltungsrates der BZ. Gleichzeitig mit der Hinterlegung der Reichsschuldverschreibungen werden die 400 Millionen Reichsbillets, die bei der BZ für die ungeschützte Young-Plan-Auflösung aus dem Hoover-Memorandum hinterlegt werden mußten, an Deutschland zurückgegeben; desgleichen die 65 Millionen Golddepots, die

als Garantie für die deutsche Währung

bei der BZ hinterlegt sind.

Der Fortschritt, den Deutschland durch dieses Kompromiß von Lausanne erreicht hat, ist kein Verdienst der Regierung von Papen, sondern eine Notwendigkeit aus der verzweifelten Lage der Weltwirtschaft. Die amtierende Reichsregierung hat sich durch die eigene Schuld eine gänzlich überflüssige schwere politische Niederlage geholt. In finanzieller und wirtschaftlicher Beziehung hat sie unter dem Eindruck dieser Niederlage nicht das erreicht, was etwa eine Regierung Hermann Müller oder Brüning zu erreichen vermocht hätte.

„Geist der Versöhnung“

Die Ansprachen auf der Vollziehung der Lausanner Konferenz

In der Vollziehung der Lausanner Konferenz, die um 10 Uhr abends begann, richtete der Präsident Macdonald an die anwesenden Delegierten Glückwünsche über den Stand der Arbeiten. Macdonald rief dann die verschiedenen Delegierten auf, ihre etwaigen Vorbehalte zu den verschiedenen Dokumenten bekanntzugeben. Da in der Reihenfolge des französischen Alphabets Deutschland zuerst aufgerufen wurde und es zu den beiden ersten Dokumenten keine Einwendungen zu machen hatte, wies Macdonald launig darauf hin, daß das ein gutes Beispiel für die einladenden Mächte sei.

Am Schluß der ganzen Prozedur gaben der Reihe nach die Vertreter der eingeladenen Mächte Erklärungen ab, wonach sie nicht in der Lage gewesen seien, die Dokumente rechtzeitig zu prüfen und ihren Regierungen zu übermitteln,

weshalb sie in bezug auf ihre Unterzeichnungsbereitschaft Vorbehalte machen mußten, obwohl sie dem Sinne nach durchweg ihren guten Willen zum Ausdruck bringen wollten.

Darauf ergriff der französische Ministerpräsident zu einer kurzen, tiefgefühlten Rede das Wort. Er führte u. a. aus: Die französische Delegation sei sehr über das Ergebnis der

Lausanner Konferenz erfreut. Ein nicht geringer Teil dieses Erfolges sei ihrem Präsidenten, dem englischen Premierminister, zu verdanken. Er sei besonders erfreut darüber, daß man, obwohl die Meinungen in vielen Punkten manchmal auseinandergegangen seien, sich auf eine Formel habe einigen können, die

von einem neuen Geist diktiert worden sei,

der sich nun Bahn brechen würde. Man habe der Leidenschaft die Tür geschlossen und der Gewalt die Vernunft vorgezogen. Jeder Staat habe zwar seine berechtigten Interessen verteidigt, aber er habe auch zum Wohle der Allgemeinheit große Zugeständnisse gemacht. So sei man auf dem besten Wege, zu einer Lösung des europäischen Problems zu kommen. Die

wir verlieren, und daß die gebliebenen Opfer mehr als ausgeglichen werden durch die Vorteile, die uns allen auf wirtschaftlichem Gebiete zuwachsen müssen. Ich erkläre hier ganz offen, daß wir uns nur mit schwerem Herzen diesen entscheidenden Verpflichtungen zu übernehmen. Wir haben deshalb geglaubt, dies tun zu können, weil es sich bei den Leistungen, die von uns gefordert werden, nicht mehr um Reparationszahlungen, sondern um einen Beitrag handelt, den Deutschland zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt leistet. Die Einigung, die wir erzielt haben, ist die Frucht einer gemeinsamen Erkenntnis, nämlich der, daß jeder konstruktive Gedanke für die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher und politischer Bedingungen unter den Völkern wieder zerstört werden



Die Vertreter der Mächte, die die Besprechungen in Lausanne zum Abschluß gebracht haben. Links: Reichsminister von Papen im Gespräch mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot. Rechts oben: Der italienische Außenminister Grandi, im Kreis: Der englische Premierminister Macdonald.

Konferenz von Lausanne habe ihr Programm ausgeführt. Es handelte sich nunmehr darum, daß die Völker auch ihr Teil an der allgemeinen Zusammenarbeit beitrügen, um die leidende Welt durch Geduld und Güte zu heilen. In den letzten Wochen habe er mit tiefer Erschütterung von den Leiden des deutschen Volkes gehört. Er könne deshalb nur wiederholen, daß

jetzt die Zeit gekommen sei, wo alle Völker selbst mithelfen müßten, um einen neuen Geist der Versöhnung zu schaffen.

Eine neue Aera sei nun angebrochen, ein neuer Geist sei da, der Geist von Lausanne, der allen als Richtschnur dienen müsse. Man habe bisher nur immer auf die Verschiedenheiten zwischen den Völkern hingewiesen. Es sei nun die Zeit gekommen, auch diese Verschiedenheiten zu vergessen und auf die Ähre hinzuweisen, die allen Völkern gemeinsam seien. Man müsse nun die neuen Lebenskräfte, sei es auf materiellem, sei es auf geistigem Gebiet, entwickeln, man müsse ein neues Vertrauen schaffen. Herriot schloß mit dem Hinweis auf jene Worte, die er als die tiefsten bezeichnete: „Friede auf Erden den Menschen, die guten Willens sind.“ Herriots Rede wurde von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen. Nach ihm sprach noch der englische Schatzkanzler Chamberlain, der gegen 11 Uhr bereits Lausanne wieder verlassen mußte, um nach London zurückzukehren.

Der deutsche Reichsminister führte u. a. folgendes aus: Der Bedeutung dieser Stunde, in der wir uns hier versammelt haben, bin ich mir in vollstem Maße bewußt. Ich bin tief bewegt von den sympathischen Worten, die ich von dem Herrn französischen Ministerpräsidenten und dem Herrn britischen Schatzkanzler soeben gehört habe. Ich glaube und hoffe, daß die Entscheidungen, die wir in Lausanne trafen, einen Wendepunkt in der Geschichte Europas und in der Geschichte der Welt bedeuten, nicht nur in den Beziehungen der Völker untereinander, sondern auch auf dem Gebiete der Wirtschaft, in allen jenen Zweigen des nationalen und internationalen Wirtschaftslebens, die heute eine ständige Sorge aller verantwortlichen Staatsmänner bilden. Ich bin mir auch bewußt, daß für das Land, das ich hier vertritt, die Konferenz in Lausanne und ihre Entscheidungen von ganz besonderer Bedeutung und Tragweite sind.

Die Lösung, die wir hier gefunden haben, hat Opfer verlangt, und ich erkenne willig an, daß die Gläubiger Deutschlands Opfer gebracht haben, um die endgültige und vollständige Beseitigung des Systems der Reparationen zu ermöglichen.

Auch uns Deutschen ist die Annahme dessen, was das Lausanner Abkommen uns auferlegt, nicht leicht geworden. Wir sind uns bewußt, an die äußerste Grenze dessen gegangen zu sein, was wir noch verantworten konnten. Sie und wir haben aber diese Opfer gebracht in der Ueberzeugung, daß wir durch Herbeiführung einer endgültigen Lösung mehr gewinnen, als

würde, solange in irgendeiner Form die destruktiven Tendenzen einseitiger Zahlungen ohne Gegenleistung fortbestehen.

Ich schließe mit der Versicherung, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk bereit und willig sind, in Zusammenarbeit mit Ihnen, meine Herren, und mit allen Regierungen und Völkern der Erde den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt in Angriff zu nehmen und die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen, die die unbedingte Voraussetzung erfolgreicher Arbeit und wirtschaftlicher Prosperität sind. Ich hoffe, daß die Konferenz von Lausanne einen neuen Ausblick auf eine glückliche Zukunft eröffnen wird.

Es folgten dann noch die Ansprachen der Vertreter Italiens und anderer Staaten.

Die letzte Etappe

Auch die Rechtsradikalen treiben „Erfüllungspolitik“

Die letzte Etappe des deutschen Befreiungskampfes gegen die Reparationen ist erreicht worden. Zwölf Jahre nach dem Londoner Ultimatum verbleiben von den 132 Milliarden Goldmark, die von Deutschland gefordert wurden, noch drei Milliarden Mark übrig. Sie heißen heute offiziell nicht mehr Reparationszahlungen, sondern Beitrag für den europäischen Wiederaufbau. Aber wir erinnern uns, daß Wiederaufbau ins Französische mit Reparationen überlegt wird.

Um diese Entwicklung vom Londoner Ultimatum bis zur Lausanner Konferenz ist ein zäher, unermüdlicher und opferreicher Kampf geführt worden.

Die Männer und die Parteien, die den Befreiungskampf in Deutschland getragen haben, haben zwölf Jahre hindurch mehrlöse Siege und Anfeindung, die schmutzigsten Verleumdungen und die wildesten Beschimpfungen über sich ergehen lassen müssen

— von jenen parteipolitischen Kräften, die heute das nationalkonzentrierte Kabinett der Barone stützen. Dieser opferreiche Kampfweg ist bezeichnet durch die Totenmaler von Erzberger und Rathenau. Das darf auch in der Stunde des Vertragsabschlusses von Lausanne nicht vergessen werden.

Mit dem Inkrafttreten des Hoover-Jahres mußte das ganze deutsche Volk, die Reparationszahlungen haben aufgehört, sie wieder aufzunehmen ist historisch unmöglich. Dieses feste Bemühen des Volkes war die Grundlage, auf der die Regierung Brüning die entscheidende Abschlußkonferenz vorbereitet hat, es war der Kontakt zu Brüning's hartem Nein. Von dieser Konferenz erwartete das deutsche Volk mit Gewißheit das Ende der Reparationen! Zu dieser Konferenz ist nicht mehr Reichsminister Brüning gegangen, sondern der Chef der nationalkonzentrierten Regierung der Barone. Herr von Papen hat dem Ausland gegenüber darauf hingewiesen, daß er sich auf die sogenannte nationale Rechte stütze,

und daß er also legitimer sei für das deutsche Volk zu sprechen als sein Vorgänger. Die dreiwöchigen Verhandlungen in Lausanne haben gezeigt, was herauskommt, wenn die Männer der deutschen Rechte die außenpolitischen Verhandlungen führen!

Brüning hatte sein hartes Nein vorbereitet.

Er hatte wohlberedete Hoffnungen, endgültig Schluss mit den Reparationen machen zu können, darüber hinaus aber noch weitere Fortschritte in der politischen Gleichberechtigung Deutschlands erkämpfen zu können. Herr von Papen hat die Verhandlungen begonnen mit einer Schwelung zur Erfüllungspolitik in einer Form, die in dieser Situation weder Brüning noch der Chef einer linksregierten Regierung haben würde. Er hat dann, offenbar unter dem Druck des Rechtsradikalismus in Deutschland, sich verstreut auf die sogenannten politischen Fragen, vor allem die Kriegsschuldfrage und die Frage der Rüstungsfreiheit für Deutschland. Am Schluss ist er wieder eingeschwenkt in die Bahnen der Erfüllungspolitik — der Systempolitik, wie es im rechtsradikalen Jargon heißt. Die nationalkonzentrierte Regierung hat nicht eine neue Acta der deutschen Außenpolitik eingeleitet.

Die hat keine prinzipielle Änderung im Wege vorgenommen, sie hat lediglich fortgesetzt, was in zwölf opferreichen Jahren vorbereitet worden ist.

Sie hat sich so sehr zur Erfüllungspolitik bekant, daß sie jetzt zuletzt noch einen Betrag von 3 Milliarden Mark erfüllt, während die vorhergehende Reichsregierung sich sicher fühlte, daß, komme was wolle, Deutschland überhaupt nichts mehr zahlen werde! So ist das letzte endgültige Ende noch nicht erreicht und es bleibt noch eine letzte Etappe!

Das Ergebnis von Lausanne erzählt auf der deutschen Seite eine überaus harte Beurteilung. Hier sieht man, daß die innere Logik der Befreiungspolitik der letzten zwölf Jahre, die auf der rechten verächtlich Systempolitik genannt wird, die Verhandlungen von Lausanne bestimmt und auch diese Regierung in ihren Mann gezogen hat. So ist es nur ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit, daß das nationalkonzentrierte Kabinett der Barone in dieser Stunde etwas erzählt von

der Gehässigkeit der Angriffe des Rechtsradikalismus, von jenem Maulheldentum und jenen Beschimpfungen, die die Staatsmänner der Republik in den letzten zwölf Jahren über sich ergehen lassen mußten!

Die Rechtsradikalen werden damit nicht hinweggeschrien, daß es ihre Regierung ist, die dieses Ergebnis von Lausanne gutheißt, daß es ihre Regierung ist, die eine demonstrative Katastrophopolitik von sich gewiesen hat mit denselben durchschlagenden und richtigen Begründungen, mit denen die Staatsmänner der Republik seit zwölf Jahren den stetigen Kurs der Befreiungspolitik verteidigt haben. Die Begründungen, die Herr von Papen in seiner Rundfunkansprache an das deutsche Volk am Freitagabend für den Abschluß des Vertrages in Lausanne gegeben hat, das sind dieselben Begründungen, mit denen die deutsche Sozialdemokratie, die Trägerin der deutschen Befreiungspolitik vom ersten Tage ab, ihre Politik, die Politik des Systems, verteidigt hat!

Wir stellen das fest. Wir stellen zugleich fest, daß der Rechtsradikalismus, dessen Repräsentantin die Regierung von Papen ist, Verantwortung trägt für diesen Vertragsabschluß.

und daß er für ihn wird geradestehen müssen!

Damit ist zugleich festgestellt, daß die wilden verheerenden Angriffe dieser rechtsradikalen Kreise auf das „System“, auf die Staatsmänner der Republik, auf die deutsche Sozialdemokratie, verlorene Hebe gewesen sind. Mögen sie zu innerpolitischen Zwecken gegen die Sozialdemokratie hegen: Wir stellen heute mit Genugtuung fest, daß ohne die deutsche Sozialdemokratie, zwölf Jahre nach dem schändlichen Ultimatum, dieser letzte Schritt zur Befreiung von den Reparationen nicht möglich gewesen wäre!

Das Ergebnis: Aus Brünings hartem Nein ist Papens Zugeständnis von 3 Milliarden Abschlagszahlung geworden, aus der Hoffnung auf politische Gleichberechtigung das Gullenlassen der politischen Punkte.

In der großen historischen Linie ist erreicht, was das deutsche Volk erwartet hat. Das es nicht in vollem Umfang so verwirklicht werden konnte, wie man nach der Vorbereitung erwarten konnte, daran tragen jene Kräfte die Schuld, die Brüning geirrt und an seine Stelle die nationalkonzentrierte Regierung von Papen gesetzt haben, die die letzte Verhandlung, die zum Siege der Politik der Befreiung durch Erfüllung führen mußte, in die Hände von Männern gelegt hat, die bis zu dieser Stunde in dem dieser Politik feindlichen Lager gestanden haben!

Papen sprach im Rundfunk

Reichskanzler von Papen sprach gestern Abend im Rundfunk über die Lausanner Konferenz. Die Rede wurde über alle deutschen Sender verbreitet. Das Ergebnis sah er folgenbereits zusammen: „Das Ziel der Lausanner Konferenz, die völlige Befreiung der Reparationen, ist erreicht. In keiner wie auch immer gearteten Form wird Deutschland von 1. Juli 1932 ab Reparationen auszubringen haben. Zahlungen von über 33 Milliarden Mark, mit Jahresleistungen von rund 2 Milliarden sind befristet. Unsere Verpflichtungen aus dem Hoover-Jahr bis zum 1. Juli 1932 werden von uns anerkannt und werden geleistet. Dazu tritt ein gewisser Beitrag für den europäischen Wiederaufbau, alles zusammen bis zu einer Maximalhöhe von 3 Milliarden Mark. Diese Verpflichtungen werden aber nicht etwa gezahlt in jenen Jahresraten wie bisher, sondern durch besondere Abschlagszahlungen, die nur dann auf dem Weltmarkt angesetzt werden dürfen, angelegt werden dürfen, wenn das wirtschaftliche Gleichgewicht Deutschlands vollkommen wieder hergestellt ist.“

Das Ende der Welt

Die Meinung der Berliner Presse

Sämtliche Morgenblätter beschäftigen sich in ausführlichen Artikeln mit dem Ergebnis der Lausanner Konferenz.

Das demokratische „Berliner Tageblatt“ ist der Ansicht, daß das, was in Lausanne erreicht worden sei, demütiger als alles andere zeige, wie richtig die Erfüllungspolitik der republikanischen Parteien in Deutschland gewesen ist. Man kann die Lösung von Lausanne im großen und ganzen als sehr bezeichnend, Außenpolitik ist damit der Weg vorgegeben für einen wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands.

Das „Vorwärts“, die „Stern“, erklärt, daß ihr die Lösung nicht genüge. Drei Milliarden stellen bei der Verarmung des deutschen Volkes einen Betrag dar, der immer auf weiterer Finanzwirtschaft laien werde. Zweifelloser wäre bei den jüngeren Generationen und politischen Führern der deutschen Delegation der Lausanner Reparationskampf noch viel ungeduldiger ausgefallen, hätte nicht die wirtschaftliche und erzieherische Vorbereitung der Brüning'schen Vorlesungen.

Der „Vorwärts“ kritisiert Herr von Papen, der nach Lausanne gefahren war, um für die Politik der „nationalen Konzentration“ einen Weg zu eröffnen, ist mit einem solchen Erfolg der Erfüllungspolitik heimgekehrt. In Lausanne hat die Befreiungspolitik über den Unversand gestiegen.

Die übernationalistische „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nennt das Ergebnis von Lausanne unbefriedigend, es habe sich gezeigt, daß die Welt auch heute noch nicht reif sei für

wirklich durchgreifende Lösungen im Geiste des wirklichen Friedens. Reichskanzler von Papen habe sich in Lausanne im großen und ganzen gut geschlagen.

Der „Tag“ bringt den Abschluß von Lausanne auf die Formel: „Frankreich hat geliegt.“ Herriot habe sich auf den Standpunkt gestellt: „Verfall über alles!“ Niemand könne daran zweifeln, daß die Nation dieses „Ergebnis“ dem Abbruch der Konferenz vorgezogen hätte.

Die rechtsstehende „Tägliche Rundschau“ bezeichnet den Ausgang von Lausanne als „schlechthin verhängnisvoll und katastrophal für Deutschland“ und ist der Überzeugung, daß der Reichspräsident die Nachgiebigkeit des Kanzlers lediglich mit seiner Entlassung beantworten müsse.

„Hoffnungsbotschaft für die Welt“

Die Meinung in London und Paris

In den Kommentaren der Londoner Morgenpresse kommt die Befriedigung mit den in Lausanne erzielten Resultaten zum Ausdruck.

„Daily Mail“ nennt den Erfolg der Konferenz „eine Großtat“. Europa schulde dem britischen Premierminister Dankbarkeit für seine unermühtlichen Bemühungen.

Der sozialistische „Daily Herald“ äußert sich besonders zu der Frage der Kriegsschuldfrage. Kein vernünftiger

Mensch glaube, daß der Vertrag von Versailles auf viele weitere Jahre hinaus unrevidiert bleiben könne. Kein großes Volk wie das deutsche könne dauernd unter dem Joch militärischer Unterlegenheit gehalten werden.

Der Außenpolitiker der Pariser Zeitung „Journal“ schreibt, wenn das Ergebnis, wie man voraussetze, zur allgemeinen Liquidierung der Kriegsschulden führe, dann werde dies augenscheinlich ein sehr großes Ereignis sein. Aber dazu seien sehr viele Bedingungen notwendig. Die politischen Bedingungen seien aus dem Vertrage ausgeschaltet worden. Aber man habe davon zuviel gesprochen, als daß man diese Frage für endgültig geregelt ansehen könnte. Man dürfe sich also nicht einbilden, daß jetzt das goldene Zeitalter der endgültigen Entspannung beginne.

Der Außenpolitiker des „Petit Parisien“ schreibt, Frankreich habe durch Opferbereitschaft und Veröhnungsgeist zu dem Ergebnis in Lausanne sehr viel beigetragen. — „Journal Industrielle“ vertritt die Meinung, daß „Tourette“ vorhanden sei, Fahren herauszubringen. Die Lausanner Konferenz kündige den französischen Gläubigeranspruch endgültig. Wenn das deutsche Volk von Papen bei seiner Niedertracht ein Gefühl der Bitterkeit zeigen würde, so hätte es Unrecht. — „Deubre“ betont, die europäische Atmosphäre sei für eine gewisse Zeit von Gewitterwolken befreit worden. Diese Pause müsse man ausnützen. In einigen Monaten werde man den fruchtbarsten Sieg von Lausanne in seinem ganzen Werte schätzen.

Streiflichter

Wapphoff gegen Danzig

In den Monaten, in denen die „Danziger Volksstimme“ nicht erscheinen durfte, haben sich die Beziehungen zwischen Danzig und Polen weiter rapide verschlechtert. Der Gedanke des Boykotts gegen Danziger Waren hat zwar schon immer in polnischen nationalistischen Kreisen herumgeflüstert, aber die Intensität der Ausführung dieses Gedankens hat doch erst in den letzten Wochen ihren Höhepunkt erreicht.

Der polnische Bestamfensverein (der etwa dem deutschen Ostmarkenverein, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen, entspricht) hat einen Aufruf erlassen, in dem mit donnerndem Pathos die „Bürger“ Polens aufgefordert werden, Danzig und Danziger Waren zu meiden. Es wird mit folgender Begründung getan:

„Bürger!“

Gedenke:

1. der lächerlich propagandistisch antipolnischen Politik der Behörden der freien Stadt Danzig;
2. des von den hiesigen polnischen Danzigen in Bezug auf polnische Organisationen und Einrichtungen sowie in Bezug auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung betriebenen systematischen Vorgehens;
3. der Straßensituation in Danzig, die von der unerbötlichen Verwilderung der Territorien und Wälder von der Verantwortung befreit;
4. der Benutzung des aus Polen stehenden Geldes seitens Danzigs zum Kampf mit der polnischen Volksgemeinschaft bei sich und mit dem polnischen Staat auf internationalen Gebieten.

Stille:

1. daß die Grundlage der wirtschaftlichen Existenz der freien Stadt Danzig stets ihre Züchtung mit polnischem Geld durch die polnischen Sommerfrüchte, Touristen, Kaufleute, sowie durch die industriellen Danziger Waren und Erzeugnisse laufende ganze polnische Weltwirtschaft ist;
2. daß alle Danziger Sommerfrüchte an der See mit dem berühmtesten Joppot an der Spitze in sehr hohem Grade auf die polnische Weltwirtschaft beruhen, die dafür unauflöslichen Siderwärtsarbeiten und Schifffahrt ausüben;
3. daß du in allen Gebieten der polnischen Städte, insbesondere in den westlichen Gebieten, unaufhörlich Danziger Fabrikate und Erzeugnisse laßt (siehe das neueste Verzeichnis der am weitesten verbreiteten Danziger Artikel, die in Anbetracht dessen unbedingt zu beschaffen sind), wobei du auf diese Weise häufig den deutschen Gewerbetreibenden in Danzig die Mittel zur Unterhaltung der örtlichen Hilfs-Organisationen des nichtpolnischen Territoriums gibst.

Gelobe!

1. daß du übereinstimmend mit den Bestrebungen einer Reihe von Tagungen, Kundgebungen und Resolutionen, die von Vereinen ganz Polens beschlossen wurden, dich bis auf Widerruf der wirtschaftlichen Unterhaltung der freien Stadt Danzig enthalten wirst;
2. daß im laufenden Jahre weder du noch jemand aus deiner Familie sich zur Sommerfrucht nach Danziger Sommerfrüchten und Touristen begeben wirst;
3. daß du vor der Erlangung eines Einkaufs die Herkunft der eingekauften Ware prüfst und ein für alle Mal ein polnisches Erzeugnis ablehnst, dafür aber ein einflussreiches polnisches Erzeugnis verlangst wirst;
4. daß du nichts tun wirst, was die begonnene Aktion schwächen und paralysieren würde;
5. daß du in entscheidender Weise darauf achtest wirst, daß im laufenden Jahre das polnische Geld nicht in irgend einer Form in das Gebiet der freien Stadt Danzig gelangt.

Es muß leider festgestellt werden, daß fast alle in Betracht kommenden Polen das „Gelobnis“ abgelegt haben, das hier von ihnen verlangt wird. Danziger Waren kommen nicht mehr in erwünschtem Maße nach Polen hinein. Joppot wird mit eiserner Konsequenz geschüttelt, das polnische Geld gelangt nicht mehr nach Danzig, so daß jetzt schon die Joppotier Pensionärinhaber polnische Nationalität aus einfachen Erklärungsgründen einen Aufruf gegen den Boykott richten. Aber was hat bei der anaesthetischen Stimmung ihr Aufruf schon für einen praktischen Wert? Auch die Polen, die gern Danziger Waren kaufen oder nach Joppot zur Erholung fahren möchten, denken sich den Wünschen des polnischen Bestamfensvereins. Einzelne wegen des Druckes, der auf sie ausgeübt wird, andererseits aus der Erwägung heraus, daß mit der Unterjüngung des Boykotts wirklich das Ziel erreicht wird, das in den Aufrufen so ungemein geschickt und demagogisch propagiert wird.

Diese Aktion, die als Versuch proklamiert wird, die Elemente der Verwahrnis und des guten Willens zur Zusammenarbeit mit Polen aus dem Gebiete der freien Stadt Danzig zum Siege zu führen, ist nicht aus Abneigung und Haß gegen Danzig und seine Einwohner entsprungen. Danzig wird heute nicht von Danzigern regiert, sondern von den Volkstrotzern der antipolnischen Politik der extremen Kreise des deutschen Chauvinismus. Die friedlichen Einwohner Danzigs leiden unabhängig von ihrer Nationalität unter dem Terror der Hiltlerbanden. Der diesem Terror angelegte Kampf muß gerecht beendet werden, muß zur Enttarnung des heutigen Geistes, des antipolnischen Wahns aus den Straßen und Häusern Danzigs führen.

Gegen den Fall, der polnische Bestamfensverein wollte wirklich — was einem rationalistischen Verein nicht unbedingt geglaubt werden kann — eine Verständigung mit dem Freistaat bezwecken, so ist diese Methode das allernachste Mittel. Die Verwahrnis lehrt nicht dazu wieder, wenn man die, die man zur Verwahrnis zurüdführen zu wollen vorgibt, gleichzeitig aus hungrig. Und erzeugt Gegenbrand. Und so kann der Bestamfensvereinspräsident in Danzig der Boden mehr und mehr entzogen werden, weil der Chauvinismus in Polen den Chauvinismus in Danzig fördert. Genau so, wie der Nationalismus in Danzig dem polnischen Nationalismus Auftrieb gibt.

Die Danziger Regierung hat in diesen Tagen wegen des Boykotts eine Note an Polen gerichtet. Sie wünschte, daß sie Erfolg haben würde, aber wir wünschen ebenfalls, daß die Propaganda des polnischen Bestamfensvereins in allen ihren Punkten als aus der Luft gegriffen bezichtigt werden könnte. Uebertreibungen, Entstellungen und Lügen gehören zum Wesen jedes Nationalismus. Aber welche unaufrichtige Kräfte hätte das kleine Danzig dem großen Polen gegenüber bei jeder diplomatischen Aktion — und auch bei dieser Note — einfallen können, wenn Lipp und Har nachge-

weisen wäre, daß kein Wort an der Agitation des polnischen Bestamfensvereins mit den Tatsachen in Einklang zu bringen ist. Leider muß aber auch hier wieder festgestellt werden, daß von den Danziger Nationalisten den polnischen Nationalisten das Material geliefert wurde, das durch die Verwendung in der polnischen nationalistischen Agitation Danzig zum Verhängnis wird.

Es wird eine Zeit kommen, in der man diese Art der „nationalen“ Betätigung als „Landesverrat“ werten wird, heute aber muß sich schon die Überzeugung durchsetzen, daß alles getan werden muß, um die Fäden der Verständigung wieder aufzunehmen. Nach einem langen Jahr seiner Regierungszeit hat selbst Herr Ziemlitz dieses Vollen im Volkstag proklamiert und auch Herr Wiercinski-Keiser hat diese Meinung vertreten. Aus der Theorie muß die Praxis entstehen. Es ist die höchste Zeit zum Handeln.

Der „eingeschüchterte“ Senat

Die Wirksamkeit des Journalisten hat in Danzig von höchster Seite eine Beratung erfahren, die schiedweg nicht mehr zu übersehen ist. Für sein Vorgehen gegen die „Volksstimme“ hat der Senat als ausschlaggebenden Grund geltend machen lassen, daß sie durch ihre Veröffentlichungen beabsichtigt habe, den Senat einzuschüchtern. Zwar ist der Senat doch wesentlich robuster gewesen, als er es sich ursprünglich wohl selbst zugestanden hatte, denn von der von ihm als Ziel unteres Untersuchungs bezeichneten Auflösung der „V.-Verbände“ ist bis heute noch nichts zu vernehmen. Aber nach Meinung des Oberstaatsanwalts hat der Senat durch unsere Hinweise auf den Völkerverbund doch unter dem Druck „einer Rötigung zur Fassung von Beschlüssen“ gestanden. Wenn auch der § 105 des Strafgesetzbuches, der dieses Delikt umschließt, dabei an gewalttätige Unternehmungen denkt, so hält man die Einschüchterung doch schon durch die Anwendung von — Druckerzwänge für gegeben. Als diese in der Weltgeschichte einzig dastehende Anklage in der größeren Öffentlichkeit bekannt wurde, warf ein führender publizistisch tätiger Jurist in Berlin die Frage auf, ob der unter Berufung auf den § 105 unter Anklage gestellte Redakteur etwa mit bewaffneten Händen, das Regierungsgelände umstellt habe.

Selbst die Tatsache, daß der Senat ein „beunruhigendes“ Rezept in der Tasche hatte, um einen unbedingten Redakteur nach Art eines kriminellen Schwerverbrechens zu behandeln, hat ihn noch nicht befriedigen können. Es genügt ihm nicht, mit Hilfe der Justiz gegen den „Eingeschüchterten“ vorzugehen, sondern er hielt es für zweckdienlich, außerdem auch über das wehrlose „corpus delicti“ zu etwas wie die Todesstrafe zu verhängen. Und selbst die Aussicht, den Verantwortlichen auf lange Jahre unbeschädigt machen zu können, schien dem Makabrenden noch zu milde. Für eine Herabsetzung der Verbotsdauer machte man mir nichts, dir nichts zur Bedingung, daß der leitende Redakteur entlassen und nie wieder beschäftigt werden dürfe. Also sozusagen: Auswanderung oder Hungertod. Wenn das als Maßstab für Ahndung von Vergehen, die für die Allgemeinheit nicht als vorteilhaft angesehen werden, gelten soll, nun, es könnte manchem leid tun, solche Forderung gebilligt zu haben.

Es gibt nun einige „fide“ Köpfe, die gemeint haben, das „Volksstimme“-Verbot wäre nicht gekommen, wenn der Senat die Möglichkeit gehabt hätte, gegen den verantwortlichen Redakteur stets sofort gerichtliche Vorzugehen, also ein nicht über den Schutz der Abgeordneten-Immunität verfügender Redakteur als Verantwortlicher fungiert haben würde. Es hätte, so operiert die „Neuzeit“, sich an Stelle anderer Maßnahmen zwangsläufig das Verbot ergeben. Es ist schon dargelegt worden, daß die Regierung sich in der Durchführung anderer Repressalien durchaus nicht gehindert gefühlt hat. Im übrigen kennen diejenigen, die der anderen Annahme huldigen, nicht die Geschichte der Presseverbots-Verordnung. Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß sie, die Ende Juni vorigen Jahres geschaffen wurde, von vornherein in der Hauptsache gegen die „Volksstimme“ gerichtet war. Der es zunächst nicht glauben wollte, ist sicherlich durch die Praxis eines andern bekehrt. Man hat auch damals wiederholt den Umstand ins Feld geführt, daß man andere Mittel, um gegen die durch die Immunität geschützte „Volksstimme“ vorzugehen, nicht habe. Tatsache ist jedoch, daß unsere Zeitung damals schon monatelang nicht mehr von einem Abgeordneten verantwortlich gezeichnet wurde. Obwohl also dieser Grund nicht gegeben war, hat man doch die „Volksstimme“ Guillotine geschaffen. Damit entfiel für uns auch der Grund, dieser Motivierung noch Rechnung zu tragen. Trotzdem werden wir den erneuten Versuch machen, der weiteren Ausnutzung dieses Vorwandes den Boden zu entziehen.

Vielleicht, daß der Senat sich dann nicht mehr eingeschüchtern läßt!

Wieder einmal „Landesverrat“?

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ glauben, wieder einmal einen seltenen Bienen gefunden zu haben, den sie sicherlich noch recht oft durchzufahren gedenken. Natürlich handelt es sich dabei um „marxistischen Landesverrat“, man muß dem Zeitgeschmack schließlic entgegenkommen. Diesmal aber ist es nicht die Danziger „Volksstimme“, der man Landesverrat anhängt, nicht einmal nur die deutsche Sozialdemokratie, jetzt wirft man den Landesverrat an der deutschen Sache — den französischen Sozialisten vor. (Das wird sicher noch einmal bei Australien eiden!) In einem lauen Artikel behaupten die „D. N. N.“ am Donnerstag nämlich, daß der französische Ministerpräsident Herriot nur deshalb der deutschen Regierung in der Reparationsfrage nicht entgegenkommt, weil er unter dem Druck der französischen Sozialisten stehe, und diese von ihm verlangten, gegenüber Papen hart zu bleiben. Die zweite Internationale, so erklären die „D. N. N.“, habe die Hand im Spiel, um auf Veranlassung der deutschen Sozialdemokratie dieser eine Wohlparole gegen die Regierung Papen zu verschaffen.

Obwohl die „Danziger Neuesten Nachrichten“ das schreien, bei denen man fast schon verlernt hat, sich zu wundern,

So darf es nicht weitergehen

Warum blieben 10 000 Danziger ohne Arbeit?

Katastrophale Vorgänge auf dem Danziger Arbeitsmarkt / Schnelleres Ansteigen der Arbeitslosigkeit als in Deutschland

In den zwei Monaten, in denen die „Danziger Volksstimme“, die Zeitung des Danziger Volkes, mündlos gemacht wurde, haben sich die schon ohnehin grausam verknappten Erwerbsmöglichkeiten der Danziger Arbeiter und Angestellten in noch fürchterlicher Weise als bisher verschlechtert.

Vor mehreren Monaten wiesen wir in einem Aufsatz über die voraussichtliche Gestaltung der Arbeitslosigkeit in diesem Sommer darauf hin, daß der Freistaat nunmehr auch in bezug auf die Gestaltung der Arbeitslosigkeit die inzwischen zu allgemeiner Berühmtheit gelangten „eigenen Wege“ geht. In diesem Jahre ist, nachdem die in früheren Jahren bereits im März einsetzende Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes durch ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosenziffer völlig zunichte gemacht wurde, die Arbeitslosenzahl seit ihrem Höchststande in diesem Winter bis zum Ende des zweiten Drittels des Monats Juni nur um rund 5700 zurückgegangen. Um zu erkennen, wie sehr durch diesen zurückgehenden Rückgang der Arbeitslosigkeit im Freistaat

Die Aussichten der Danziger Arbeitslosen auf Wiedereinstellung in den Produktionsprozess

sich verschlechtert haben, muß man sich folgende, für die Erwerbslosen des Freistaats geradezu wiedererschütternden Tatsachen vor Augen halten: Im Vorjahre ging die Arbeitslosenzahl von ihrem Höchststande im Winter bis zum Ende des zweiten Drittels des Monats Juni um rund 8000 zurück. Die Zahl der Arbeitslosen, die bis nahezu Ende Juni wieder Arbeit erhielten, war somit im Vorjahre um rund 2300 höher als in diesem Jahre. Zeigt diese Feststellung schon klar und deutlich, wohin die Reise geht, so muß jedoch — und zwar mit allem Nachdruck — folglich betont werden, daß diese Feststellung nicht im entferntesten den tatsächlichen Umfang der katastrophalen weiteren Verschlechterung der Erwerbsbedingungen der Danziger Bevölkerung unter dem so reichlich vorwiegend gepriesenen Nazi-Volldampf widergibt.

Es darf eben nicht übersehen werden, daß im Vorjahre bei einer Höchstzahl von rund 28 200 Arbeitslosen bis zum zweiten Drittel des Juni 8000 Arbeitslose wieder in den Erwerbsprozess eingegliedert wurden. In diesem Jahre sind dagegen bei der Rekord-Höchstziffer

von rund 36 500 Arbeitslosen nur 5 700 wieder in den Besitz einer Arbeitsstelle gekommen.

Auf eine einfache Formel gebracht heißt das: Im Vorjahre bekamen von je 100 Arbeitslosen des Freistaats 28 wieder Arbeit, während in diesem Jahre nur 16 (!) von je 100 Arbeitslosen das Glück zuteil wurde, eine Arbeitsstelle zu erhalten. Nach den bisher während aller Jahre für den Arbeitsmarkt des Freistaats gültigen Gesetzmäßigkeiten hätten in diesem Jahre mindestens 11 000 Arbeitslose wieder zu Lohn und Brot kommen müssen und nicht nur 5700, wie es der Fall gewesen ist. Welches sind

Die Gründe, die zu dieser neuerlichen Katastrophe auf dem Danziger Arbeitsmarkt geführt haben?

Wir haben in unserer Voraussage über die voraussichtliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit in diesem Sommer darauf hingewiesen, daß die jetzt völlig veränderte wirtschaftliche Situation des Freistaats in diesem Sommer alles das ungünstig machen würde, was bis dahin günstig war. Wenn in diesem Jahre rund 10 000 Arbeitslose weniger Arbeit erhielten als im Vorjahre, so liegt das zu einem nicht kleinen Teile auch daran, daß sich jetzt das Fehlen der von der Linksinregierung heringeholten großen Arbeitsaufträge, die einer großen Anzahl von Werkstätten noch während des Jahres 1931

Lohn und Brot geben, in allerschärfster Form bemerkbar macht.

Den gewissenlosen Demagogen, die vor der letzten Volkstagswahl in hellen Paufen gegen die damalige Linksinregierung Sturm liefen und mit der Lüge von der angeblich „roten Mißwirtschaft“ in niederträchtigster Weise agitierten, wird man jetzt folgende Tatsachen ins Stammbuch schreiben müssen: Während der Regierungszeit der Linksinregierung ist es

Durch die von der Linksinregierung heringeholten Arbeitsaufträge und die von ihr betriebene wirtschaftsfördernde Politik

möglich gewesen, die Arbeitslosigkeit im Freistaat auf einer verhältnismäßig niedrigen Stufe zu halten. In welcher Weise diese wirtschaftsfördernde Politik der Linksinregierung sich zum Segen der Danziger werktätigen Bevölkerung ausgewirkt hat, dafür können wir jetzt den schlagendsten Beweis führen.

Während der Zeit der Linksinregierung ist die Arbeitslosenzahl um fast 50 Prozent, und zwar um 14 000 gestiegen gewesen als die verhältnismäßige Entwicklung der Arbeitslosenzahl in Deutschland. Wenn die Arbeitslosigkeit im Freistaat unter der Linksinregierung sich so entwickelt hätte wie in Deutschland, dann wären beim Anschneiden der Linksinregierung nicht 20 000, sondern 34 000, also 14 000 Arbeitslose mehr vorhanden gewesen, eine Zahl also, die dann unter dem Nazi-Volldampf nicht nur erreicht, sondern sogar überbritten wurde.

Es ist verständlich, daß in einem kleinen Staatswesen wie unserem Freistaat durch das Heringeholen von ein paar großen Arbeitsaufträgen die Arbeitslosenzahl sich auf einer verhältnismäßig erheblich niedrigeren Stufe halten läßt als in großen Ländern. Daß es allerdings auch andersherum geht, zeigt folgende Tatsache. Vom Anfang Januar 1931 bis zum bisherigen Höchststande der Arbeitslosigkeit

In diesem Jahre ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland um 41 Prozent, im Freistaat dagegen um 50 Prozent (fünfundzig Prozent) angestiegen.

Hiermit treten dann die ohnehin recht fragwürdigen Erfolge der Volldampfpolitik in einer Deutlichkeit zutage, die denjenigen Arbeitslosen und Arbeitlosen, die auf die Versprechungen der Nazis hereingefallen sind, endgültig zeigen wird, was von den Versprechungen dieser gebenfalls Volksträger zu halten ist: 2400 Arbeiter und Angestellte des Freistaats wurden bis zu dem bisherigen Höchststande der Arbeitslosigkeit dieses Jahres unter dem Nazi-Volldampf mehr arbeitslos, als es nach der verhältnismäßigen Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland zu erwarten war. Ob diese Entwicklung bestehen geblieben ist oder sich jetzt zum Sommer etwa noch weiter fortgesetzt hat, wird man erst sagen können, wenn von Deutschland und Danzig die endgültigen Höchstziffern der Arbeitslosigkeit dieses Sommers vorliegen.

Folgende Tatsachen, an denen nicht zu zweifeln und zu zweifeln ist, zeigen das „hohe Glück“, das die Nazis und Deutschnationalen über den Freistaat gebracht haben: Unter der Linksinregierung blieb die Arbeitslosenzahl Danzigs um 14 000 gegenüber der Entwicklung in Deutschland zurück. In den ersten 14 Monaten des Nazi-Volldampfes stieg die Arbeitslosenzahl, und zwar um 2400 Arbeitslose schärfer an, als zur gleichen Zeit verhältnismäßig in Deutschland. Darum nahmen wahrscheinlich die Nazis und Deutschnationalen vor der Volkstagswahl die Waden voll Greifer erkläre, „alle s anders“ zu machen. Dies ist ihnen, die vorstehenden Darlegungen zeigen es in fürchterlicher Klarheit, durchaus gelungen.

Vorläufige Stilllegung der Stadt-Autobuslinie

Die Zoppoter Linie wird erweitert — Das Saisongeschäft soll ausgenutzt werden

Die Danziger Verkehrs-Gesellschaft macht im Anzeigenteil unserer heutigen Ausgabe bekannt, daß vom Montag, dem 11. Juli, bis zum 31. Juli die Stadtlinie der Autobusse stillgelegt wird. Heute (Sonnabend) abend wird also der vorläufig letzte Autobus von der Brandgasse nach dem Banja-Platz fahren, denn am Sonntag verkehren die Autobusse auch sonst nicht.

Das Schicksal der Stadtlinie

Ist durch diese zeitweilige Stilllegung wieder einmal in den Mittelpunkt der Diskussion aller Verkehrsachverständigen gerückt. Viele Stimmen sind in den vergangenen Jahren schon für und gegen die geplante Stilllegung laut geworden. Vom Gründungsjahr der Danziger Verkehrs-Gesellschaft an, die 1926 ins Leben gerufen wurde, soll die Stadtlinie mit Unterbilanz gearbeitet haben. Die ersten Meldungen darüber tauchten 1928 auf, wo allerdings die Zahl der beförderten Personen, durchschnittlich 2537 je Tag, höher war als auf der Jockhofer Linie. Daß trotzdem die Stadtlinie unwirtschaftlich gearbeitet hat, wurde einerseits auf die hohen Kosten, in der Stadt 20 Pfennig für den Kilometer, dann wieder auf die hohen Fahrpreise zurückgeführt. Man hat im Laufe der Jahre viele Versuche nach allen möglichen Richtungen hin gemacht. Der Fahrpreis wurde mehrmals geändert. Von der im März 1929 erfolgten Einführung des Einheitsfahrpreises von 20 Pfennig versprach man sich eine Belebung des Verkehrs. Diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. Als allerletzter Versuch wurde dann im November 1930 der Teilstreckenfahrplan, der Fahrpreise von 15 und 20 Pfennig vorsah, eingeführt. Diese Regelung wurde von weitesten Bevölkerungsteilen als die günstigste angesehen und soweit sich das vom Standpunkt des Fahrgastes übersehen ließ, stieg die Frequenz in dieser Zeit ganz erheblich. Angehend muß der klingenbe Lohn doch wohl ausgeschrieben sein, denn nach gar nicht langer Zeit kam der Einheitsfahrpreis von 20 Pfennig wieder zu Ehren.

Nur 20 Pfennig-Fahrpreis besteht auch heute noch, doch sind auch die 20 Pfennig, die unter dem Friedensfahrpreis der Straßenbahn stehen, für die heutige Zeit noch zu hoch. Zu groß waren die Gehalts- und Lohnabbauwellen, die in den letzten 1 1/2 Jahren über die Danziger Bevölkerung hinweggegangen sind. Viele Leute, die es wirklich eilig haben, müssen zu Fuß laufen, weil es ihnen nicht möglich ist, die 20 Pfennig für den Autobus aufzubringen. Die Zoppoter Linie arbeitet augenblicklich rentabel.

Die Direktion der Verkehrs-Gesellschaft hofft nun, daß die kommenden Zoppoter Veranstaltungen, wie die Sport- und Wasserwoche, die Baldpferd-Aufführungen und die „Lupolka“, die Möglichkeit zu gesteigerten Einnahmen geben

werden. Aus diesem Grunde werden die Wagen der Stadtlinie auf die Zoppoter Linie eingeschoben, so daß am Vormittag anstelle der bisher verkehrenden vier jetzt sechs Wagen, und am Nachmittag anstelle der bisherigen sechs jetzt acht Wagen fahren werden.

Auf diese Weise wird auf der Zoppoter Linie am Nachmittag ein 10-Minuten-Verkehr eingerichtet. Das Personal, das bisher auf den Stadtlinien beschäftigt war, braucht darum nicht entlassen zu werden. Hoffentlich wird es auch nach dem 31. Juli möglich sein, die Stadtlinie aufrecht zu erhalten und somit das Personal wieder zu beschäftigen.

Unser Preisanschreiben

dessen Bedingungen wir in der ersten Nummer nach der Verbotzeit veröffentlichten, läuft am Sonnabend, dem 16. Juli, ab. Es handelt sich bekanntlich darum, daß unsere Leser in kurzen Ausprägungen sich darüber auslassen, warum sie in den zwei Monaten Verbotzeit die „Danziger Volksstimme“ am meisten vermißt haben.

Für die treffendsten Kennzeichnungen winkten Geldpreise.

Danziger Schnapokapelle in Breslau. Zum ersten Konzertabend der Danziger Schnapokapelle in Breslau hatten sich neben einer großen Zahl von Zuhörern Vertreter der Breslauer Behörden, der Reichswehr und der Breslauer Polizei sowie verschiedener Grenzlandorganisationen eingefunden. Der Danziger Polizeipräsident Froboß dankte für den der Kapelle bereitetem herzlichen Empfang, wobei er die Schließung zu einem Besuche von Danzig einlud. Musikdirektor Stieberig und seiner Kapelle wurde während des Konzerts und am Schluß großer Beifall gezollt.

Mißglücklose Motorradfahrer. Am Mittwoch, gegen 22.45 Uhr, fuhr der Lokomotivführer Paul R. mit seinem Fahrrad von Danzig in Richtung Heubude. An der Ecke Heubudestraße-Wasserstraße wurde er von einem Motorradfahrer mit Weimagen angefahren und zu Boden gerissen, so daß er beunruhigt liegen blieb. Als der Motorradfahrer sah, was geschehen war, fuhr er mit höchstem Tempo davon, ohne sich um den Verletzten zu kümmern. Passanten brachten den Verletzten in seine Wohnung. Der Gestürzte hatte Hautabrischürungen an der rechten Gesichtseite, außerdem eine 5 Zentimeter lange Wunde am Kinn und eine Verstauchung des rechten Armes erlitten. Die Nummer des Motorrads ist nicht einwandfrei erkannt worden.

Schiffahrtsnotiz. Im Bereiche des Danziger Küstengebietes sind zwischen 18 Grad 53 Minuten Ost und 19 Grad 17 Minuten Ost eine Reihe von Baken errichtet worden, die Vermessungszwecken dienen und für die Schifffahrt keine Bedeutung haben.

Do X kommt nicht nach Zoppot

Es bleibt in Neufähr — Dienstag Weiterfluga

Von der Leitung des Flugschiffes „Do X“ wird uns geschrieben:

„Der in Aussicht genommene Besuch des Flugschiffes „Do X“ in Zoppot und die dort vorgesehene Besichtigung des Flugschiffes durch Kurgäste und sonstige Besucher des Badeortes kann aus sicherheits- und betriebs-technischen Gründen nicht durchgeführt werden.“

Die durch die Wetterverschlechterung der letzte Tage hervorgerufene Dünung und Seeunruhe erschweren das Ein- und Ausboten der das Schiff besuchenden Zuschauer derart, daß die Schiffsführung schon aus Gründen der Sicherheit für die das Schiff besichtigenden Personen bei dem herrschenden Wetter von diesen Aus- und Einbootungen Abstand nehmen muß. Hinzu kommt, daß bei der unruhigen See vor Zoppot das Schiff und die zum Ausboten notwendigen Prähme dauernd in Bewegung sind und das Anlegen der Fährröwe äußerst erschweren und Beschädigungen des Schiffes dabei nicht ausgeschlossen sind. Der Kommandant, Herr Kapitän Christiaufen, glaubt eine solche Verantwortung nicht übernehmen zu können und muß zu seinem Bedauern vor einem Besuch des Flugschiffes in Zoppot zum Zwecke der Besichtigung Abstand nehmen.

Das Flugschiff bleibt wie bisher in Ostlich Neufähr, wo es gegen Wind und Wetter geschützt, im Wasserflughafen der Freien Stadt Danzig ordnungsgemäß festgemacht liegt.

Die Besuchszeiten sind heute bis 20 Uhr, Sonntag und Montag von vormittags 8 bis 20 Uhr. Es ist Vorsorge getroffen, daß auch der nunmehr einsetzende verstärkte Andrang zur Besichtigung in zweckentsprechender Weise bewältigt wird. Die Reichsel N.-G. fährt in verstärkter Schiffsfolge vom Grünen Tor bis direkt zur Anlegestelle des Flugschiffes in Ostlich Neufähr, während vom Neumarkt in Danzig durch die Aktiengesellschaft Weichbrodt & Schlausinski der Verkehr zu Lande bis zum Kurhaus (Gr.-Flehnendorf), von wo aus ein besonderer Fährdienst zum Flugschiff eingerichtet ist, erfolgt.

Wir bitten die Bevölkerung, von dieser veränderten Sachlage, die durch höhere Gewalt bedingt ist, Kenntnis zu nehmen und verlässlich zu sein, daß die Schiffsführung nach pflichtmäßigem Ermessen im Interesse der das Schiff besuchenden Bevölkerung entschieden hat.“

Vom Tod des Getreides gerettet

Eine beherzte Frau

In Grenzdorf B badeten mehrere Kinder in der Elbinger Weichsel in der Nähe des Gasthauses. Unter ihnen befand sich die siebenjährige Schülerin Lieselotte Kranke. Das Mädchen, welches anfangs in der Nähe des Ufers geblieben war, wagte sich zu weit in den Strom und verlor plötzlich den Grund. Auf das Geschrei der übrigen Kinder eilte die Ehefrau Emilie Haase aus Grenzdorf herbei und warf sich, trotzdem sie des Schwimmens unkundig war, mit vollen Kleidern in das Wasser. Es gelang der beherzten Frau, ihre Nichte zu fassen, doch ging sie selbst unter, so daß man nur noch ihre Füße sah. In diesem Augenblick machte der Kaufmann Otto Haase, der Neffe der Ehefrau, einen Handstreich und ruderte schnell zu der Unfallstelle. Hier vermochte er Frau S. und das Kind aus den Klauen zu ziehen und im letzten Augenblick vor dem Ertrinken zu retten.

Rundgebung gegen Danzig in Warschau

Dafu meldet: Das Komitee der Arbeitsgemeinschaft der polnischen Verbände in Warschau ruft für Montag nachmittag zu einer großen Rundgebung auf dem Pilsudski-Platz (früher Sachsenplatz), dem größten Platz in Warschau, auf, bei der gegen die angebliche „Provokation“ des polnischen Nationalgefühl in Danzig protestiert werden soll. Der Aufruf ist von nahezu 100 militärischen Verbänden und Organisationen unterschrieben.

Aus Liebeskummer ins Wasser gesprungen

Die Lebensmüde konnte gerettet werden

Die Arbeiterin L. P. aus Neufährwasser ging am Donnerstag, um 19.30 Uhr, ins Wasser mit der Absicht, sich zu ertränken. Zu diesem Zweck war sie zirka 20 Meter in die See hineingegangen und versank. Dieser Vorfall wurde jedoch von dem Bootsmann Viktor Runde beobachtet, der sofort zu der Unfallstelle schwamm und die Lebensmüde wieder an den Strand brachte. Wiederbelebungsvoruche waren nicht erforderlich, da die P. noch bei Bewußtsein war. Grund für diesen Selbstmordversuch soll Liebeskummer sein.

Unser Wetterbericht

Wolkig, teils heiter, Gewitterneigung, warm

Allgemeine Uebersicht: Das Nordseehoch breitet sich über Westeuropa aus und ist mit einer Zunge hohen Druckes bis in das Ostseegebiet vorgestoßen. Mit aufsteigendem Himmel setzt dabei über dem Festlande wieder rasch ansteigende Erwärmung ein. Im Norden führten die Randströmungen der Nordmeer-Zyklone über Schottland und Mittelkandinavien zu Trübung, und im Süden bringen Randgebilde des Mittelmeertiefs dem Alpengebiet noch Regenfälle.

Vorherjage für morgen: Wolkig, teils heiter, Gewitterneigung, schwache Winde aus West bis Nord, warm.

Aussichten für Montag: Unverändert. Maximum des letzten Tages: 24,7 Grad. — Minimum der letzten Nacht: 16,3 Grad.

Seewassertemperaturen: In Zoppot 21 1/2, Glettkau 18, Brösen 20, Heubude 20 Grad.

In den städtischen Seebädern wurden gestern an badenden Personen gezählt: Zoppot 1450, Glettkau 528, Brösen 1023, Heubude 1323.

Zusammenstoß zweier Motorradfahrer. Gestern gegen 14 Uhr erfolgte auf der Ringstraße, Ecke Kleinhammerweg, ein Zusammenstoß zwischen dem Motorrad PM 53746 und dem Motorrad DZ 6013. Der Führer des polnischen Motorrades erlitt einige Hautabrischürungen am rechten Oberarm und eine Verletzung des rechten Unterarmes. Das Motorrad wurde nur leicht beschädigt. Der andere Motorradfahrer kam mit dem Schrecken davon. Auch sein Motorrad blieb unbeschädigt.

2000 Gulden Kirchengelder unterschlagen

In fröhlicher Gesellschaft verbracht

Als der katholische Kirchenbauverein in Laurental vor Jahren den Portier Walter Zerkowski zum Bevollmächtigten Kassierer ernannte, da ahnte noch niemand, daß hier der Bod zum Gärtner gemacht worden war. Im Jahre 1925 erhielt L. den ersten Auftrag, ein Bankkonto für die Gelder des Kirchenbauvereins anzulegen; er tat dies auch, verbrauchte aber das Geld, das auf dem Konto stand, in fröhlicher Gesellschaft. Später, im Jahre 1927, mußte L. da die Gelder reichlicher flossen, ein zweites Konto im Auftrage des Kirchenbauvereins eröffnen lassen. Er machte das mit um so größerem Vergnügen, als seine Veruntreuungen aus den verflochtenen Jahren nicht entdeckt worden waren. Mit großem Eifer nahm sich der Mann jetzt seiner Sache an und bald wies die Aktivierte des Kontoauszugs nicht weniger als 4000 Gulden aus. Die Mitglieder des Kirchenbauvereins lobten schmunzelnd den tüchtigen Kassierer und beschloßen, das 4000-Gulden-Konto mit einem anderen Bankkonto zu vereinigen. Kaum hatte L. den Plan erfahren, als ihm angst und bange wurde. Denn der Aktivierte von 4000 Gulden stand nur auf dem Papier, er selbst hatte ihn durch geschickte Fälschungen herbeigezaubert, während in Wirklichkeit nur kümmerliche hundertundsechzig Gulden das ganze Bankguthaben des Kirchenbauvereins ausmachten.

Obwohl die Entdeckung seiner Taten vor der Tür stand, gab L. noch nicht die Hoffnung auf. Er ließ sich von seiner Frau einen Hypothekenspanndruck in Höhe von 4000 Gulden, mit dem Pfandbrief erlöste er dann zwei Drittel der unterschlagenen Summe heimlich. Ein Betrag von annähernd 2000 Gulden ist aber noch heute nicht von L. zurückgegeben worden. Erst im März dieses Jahres kam man dem „tüchtigen“ Kassierer auf die Schliche und gestern wurde ihm vor dem Schöffengericht der Prozeß gemacht. Die Betrügereien aus dem Jahre 1925 sind inzwischen verjährt. L. verteidigte sich mit der größten Freiberzigkeit, vielleicht rechnete er mit einer großmütigen Absolution von seinen des Verichts. Um so früher war jedoch sein Erkenntnis, als er den Urteilspruch hörte, 1 Jahr Gefängnis wegen Untreue, Unterschlagung und Urkundenfälschung.

Danziger Schiffsliste

Im Danziger Hafen werden erwartet: Schwed. M.S. „Eocia“, 10. 7. fällig, leer, Pam.; Schwed. D. „Naqan“, 9. 7. fällig, von Südschweden, leer, Pam.; poln. D. „Cielian“, 8. 7. von Rotterdam via Gdingen, Güter, Pam.; poln. D. „Lubina“, von Hull, 9. 7. 6 Uhr, Hollenaa passiert, Güter, Pam.; Schwed. M.S. „Hansaeter“, 8. 7. nachmittags, von Vänersberg, leer, Pam.; lett. D. „Tampa“, 9. 7. von Rorjö, leer, Pam.; dtsch. M.S. „Amazona“, ca. 11. 7. fällig, leer, Artus; dtsch. M.S. „Charlotte“, ca. 12. 7. fällig, leer, Artus; norw. D. „Mars“, von Oslo, ca. 10. 7. fällig, leer, Artus; Dana Seelichter „Danzig 2“, fällig von Lübeck, Behne & Sieg; dtsch. D. „Athenia“, 7. 7. von Bismar, leer, Bergenske; M.S. „Amager“, M.S. „Goffnung“ für Bergenske; D. „Glen Cairn“ für Hankel; D. „Eber“ für Reinhold; D. „Arann“ für Wolff; M.S. „Albatros“ für Ganswindt; D. „Nordmark“ für Worms & Cie.; M.S. „Hannover“ für Beckhoff-Gel.; M.S. „Belag“ für Ganswindt; D. „Wagrien“ für Behne & Sieg; dtsch. D. „Stillesee“, 9. 7. von Harburg, leer, Bergenske.

Der polnische Passagierverkehr über Gdingen

Fast 8000 Passagiere angekommen

Nach den Angaben des Statistischen Hauptamtes in Warschau sind im Jahre 1931 über Gdingen auf dem Seewege 7837 Personen angekommen, davon 522 aus Nework, 667 aus Kopenhagen und 27 aus London, und 7009 Personen abgereist, und zwar 297 Personen nach Nework, 233 nach Le Havre, 939 nach London, 27 nach Hull. Ueber Danzig reisten 200 auf dem Seewege nach Polen ein, davon 85 aus London, 571 aus Hull, 20 aus Helmingfors und 60 aus Stockholm.

Die Diebesmahlzeit im Wäldchekeller. In der Nacht zum Freitag drangen Diebe auf den Hof des Schornsteinfeger-Obermeisters Waagner in Liegenhof. Von den auf der Leine hängenden Wäldchekellen wurde ein Teil entwendet. Die zweite Lieberabteilung brachte der Kellerraum. Hier hatten die Diebe an den vorhandenen Lebensmitteln sich gütlich getan, eine Mablzeit abgehalten und den Rest mitgenommen. Ein Damenfahrrad, Marke „Mile“, wurde

ebenfalls ihre Beute, während sie das danebenstehende Herrenfahrrad stehen ließen. Nach der Menge der Gegenstände zu urteilen, handelt es sich um mehrere Personen, die sich an dem Beutezug beteiligt haben.

Gartenfest der Sozialdemokratischen Partei

Am Sonntag, dem 17. Juli, im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus

Der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt veranstaltet am Sonntag, dem 17. Juli, ein großes Gartenfest im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus. Wenn auch die Verhältnisse nicht zum Festfeiern angetan sind, so haben doch gesellschaftliche Veranstaltungen auch in dieser Zeit ihren Wert. Sie geben Gelegenheit, die Kameradschaftlichkeit und persönliche Verbundenheit zu pflegen. Gerade in diesen Zeiten der Not tut engster Zusammenschluß mehr denn je not. Darum muß auch der Besuch derartiger Veranstaltungen als Parteipflicht betrachtet werden. Der Senator der Danziger Partei, Julius Wehl, wird die Ansprache halten. Außerdem ist ein unterhaltendes Programm vorgesehen. Das Danziger Blas- und Streichorchester wird sowohl im Garten konzertieren als auch im Saal zum Tanz aufspielen. Gefangliche Darbietungen und turnerische Vorführungen werden die Besucher erfreuen. Außerdem wird für allgemeine Belustigungen, insbesondere für die Kinder Sorge getragen. Der Eintrittspreis ist auf den mäßigen Satz von 20 Pfg. festgesetzt. Werbt überall für Massenbesuch.

Neuzuglicher Sonntagsdienst

Den ärztlichen Dienst über am morgigen Tage aus in Danzig: Dr. Soller, Danzig, 10, Tel. 211 83, Geburtskeller; Dr. Krammer, Kasubischer Markt 11, Tel. 217 10; Dr. Klinger, Holtenauerstraße 45, Tel. 241 80, Geburtskeller; Dr. Bruch, Holtenauer Markt 18, Tel. 258 05; Dr. Langstube, Dr. Spiegelberg, Danziger Straße 16, Tel. 421 17, Geburtskeller; Dr. Zumböfel, Danziger Straße 17, Tel. 451 01; Dr. Liwa, Jrl. Dr. Klein, Kommerzialstraße 147, Tel. 451 01; Dr. Neufahrwässer, Dr. Ewenheimer, Fischerstraße 9, Tel. 500 08, Geburtskeller. Den ärztlichen Dienst versehen von 10 bis 12 Uhr vormittags in Danzig: Dr. Soller, Holtenauer Markt 18; Dr. Langstube, Dr. Krammer, Hauptstraße 88; Reichsverband Deutscher Dentisten e. V. (10-12 Uhr) in Danzig: Raab, Holtenauer Markt 7; Seider, Langgasse 39; Dr. Langstube, Hauptstraße 117.

Sonntags- und Nachtdienst der Apotheken in der Woche vom 10. bis 18. Juli. (Der Nachtdienst beginnt bereits am Sonnabend der Woche 19 Uhr.) In Danzig: Heilmittel-Apothek, Meißnerstraße 9; Apotheke zur Altstadt, Holtenauer Markt 1; Marien-Apothek, Heilige-Geist-Gasse 2; Adler-Apothek, 4. Damm 4; Dr. Langstube; Heilmittel-Apothek, Hauptstraße 52; Apotheke zur Neuzeit, Neuer Markt Nr. 18; Dr. Neufahrwässer; Bahnhofs-Apothek, Linzer Straße 30; Dr. Stadler, D. H. A.; Adler-Apothek, Hauptstraße 45; Dr. Heubude; Apotheke Heubude, Große Seebäder 1.

Erleichterung für den Besuch der Joppe! - Waldspiel. Um den Besuch der im Juli und August in Joppe stattfindenden Waldspiele durch Reichsdeutsche zu erleichtern, sind die betreffenden Stellen ermächtigt worden, bis Ende August 1932 Reisenden, die sich nach Joppe begeben wollen, auf Antrag eine Genehmigung zur Mitnahme von Beträgen bis zu 20 Reichsmark über die Freigrenze hinaus zu erteilen.

Kahnbude rückt näher. Der neue Sommerfahrplan der Autobus-Gesellschaft Reichsbröt & Schlawinski sieht einen gesteigerten Verkehr vor. Es ist auf diese Weise möglich, in einer halben Stunde von Danzig nach Kahnbude zu kommen. Der Fahrpreis ist niedrig; beim Zehnerfahrschein ist eine Ermäßigung um 15 Prozent eingetreten. Alles Nähere im Anzeigenteil.

Danziger Standesamt vom 8. Juli 1932

Todesfälle: Hospitalistin Johanna Fritsche geb. Minz, 61 J. - Ehefrau Emilie Berliß geb. Penau, 63 J. - Tochter des Arbeiters Paul Engler, 10 1/2 Wochen - Sohn des Tischlers Viktor Labemann, 10 1/2 M. - Hospitalistin Bertha Seipolz, 71 J. - Heimerin Frieda Paula, 46 J.

Todesfälle im Standesamtsbezirk Odra in der Zeit vom 1. bis 8. Juli 1932: Sohn Nudi des Eisenbahnarbeiters Paul Stender, 2 Tage; Tochter Orla des Arbeiters Rudolf Schwarz, 6 Wochen; Ehefrau Helene Hoffahrt geb. Dejeher, 48 J. 7 M.; Tochter Josefotte des Schlossers Felix Jurczak, 5 J. 3 M.; Pfarrer Johann Kleefeld, 72 J.

Sterbefälle im Standesamtsbezirk Kenigsbrunn. Ehefrau Frieda Blum geb. Weiss, 23 J. 9 M. - Arbeiter Franz Krotke, 29 J. - Eigentümer Ferdinand Krest, 69 J. 1 M.

Ausstellung Wolf Bandurek

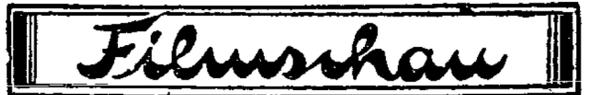
Ein junger jüdischer Maler

In den Atubräumen, Am Zande 1, befindet sich seit einigen Wochen die erste Ausstellung eines jungen jüdischen, in Danzig ansässigen Künstlers, Wolf Bandurek. 1906 in dem polnischen Städtchen Dobryni an der Drenenz geboren, wurzelt der Maler in seiner geistigen Haltung und seiner künstlerischen Erlebniswelt noch im jüdischen Volkstum; die Umwelt seiner Kindheit liefert ihm die Stoffe, bäuerliche Philosophien schaffen die Grundstimmung, patriarchalisch-soziale Gedanken geben stilkliche Kraft.

Bandurek ist trotz seiner Jugend kein Moderner, er sucht nach einem Still, begibt sich auf klassizistische und romantische Wege, bleibt manchmal im Kur-Gebauflischen gefangen und geht an malerischen Problemen vorbei. Aber der Fundus echter künstlerischer Begabung bewahrt ihn dennoch vor dem offenen Konflikt zwischen Form und Inhalt seiner Bilder und läßt ihn manche Distrepaz überbrücken. Von diesem Fundus legen die Bleistift- und Rötelzeichnungen am deutlichsten Zeugnis ab. Da ist vor allem die Porträtskizze, die immer wieder interessiert. Sie ist einfach, realistisch und geformt, da sind Kinderbildnisse, Frauenköpfe, Altzeichnungen. Und wie in der Zeichnung so ist auch im Gemälde das Porträt die Stärke des Künstlers.

Die besondere Liebe des Künstlers dürfte dem großen Tafelbild mit symbolhaften Darstellungen gehören. Er malt zwei Spieler mit dem Tod im Hintergrund, den von seinem Gewissen geplagten Lebemann, das Weib als Sphinx, die Dame und den Jagabunden. Die allegorische Auffassung entspringt der philosophierenden literarischen Einstellung Bandureks. So wenig diese Einstellung unserem modernen Empfinden nahe kommt, darf man doch die Qualitäten der Bilder nicht übersehen. Sie sind weit zu finden in der guten Komposition, im Valeur und der exakten Zeichnung.

In allem erkennt man, daß der junge Künstler mit den Problemen ringt, daß er mit jedem Fleiß arbeitet, und daß unter persönlichen wirtschaftlichen Verhältnissen, die fast hoffnungslos genannt werden können. Es ist zu hoffen, daß seine erste Ausstellung ihm eine Basis schaffen möge, die ihm neue Schaffensmöglichkeiten und Ansporn bietet.



„Zu warm!“

Danziger Kinos, die zu starke Temperaturen haben

Es gibt eine Reihe Danziger Kinos, die in diesen Tagen über eine zu große Temperatur in ihren Säumen zu klagen haben. Wenigstens wurde unseren Intendantenverbänden, die nach dem Ablauf des Verbots der „Danziger Volksstimme“ die üblichen Intimate abholen wollten, der Bescheid zuteil, es sei jetzt „zu warm“, um zu annonciieren...

Wiedlicherweise kann festgestellt werden, daß die betreffenden Kinobesitzer die Sorge um die Gesundheit der Besucher nur den Leuten der „Danziger Volksstimme“ gegenüber für angebracht halten. Um die Leser anderer Danziger Zeitungen machen sie sich nicht diese Kopfschmerzen. Dort haben sie inseriert!

Unseren Lesern stellen wir anheim, sich unseren geistigen Intendantenteil noch einmal anzusehen und zu prüfen, welche Kinos an der Hitze leiden. Um die Abkühlung haben wir keine Sorgen.

Ufa-Palast: Hallo! Hier spricht Berlin

Ein reizendes Lustspiel, für einen kultivierten Geschmack bestimmt. Die Handlung spielt teils in Berlin und teils in Paris. Zwei Telefonistinnen in Berlin haben Sehnsucht nach zwei Telefonistinnen in Paris. Diese vier Leute, es sind zwei „echte“ Deutsche und zwei „echte“ Parisierinnen (keine populären Stars), betreiben den Zirkus durch ihr liebenswürdiges, charmantes Spiel, das von dem ausgezeichneten französischen Regisseur Duwivier geleitet und mit tausend hübschen Einfällen gespickt ist. Obwohl der Film etwas zu lang geraten ist, gibt es doch keine Längen, bei denen man ermüdet. Der Humor der entscheidenden Spielerei wirkt anregend. Das Publikum amüsiert sich köstlich. Und damit ist der Hauptzweck dieses Films erfüllt. - Dazu ein großes Beiprogramm.

In den U.F.-Lichtspielen wird noch einmal das sehr nette Lustspiel „Ein toller Einfall“ mit Willa Fritsch, Max Adalbert, Rosa Parsonn, Dorothea Dick, Harry Dalm, Ellen Schwannke, Wilhelm Wendow und Jakob Tiedtke aufgeführt.

Schicksale hinter Schreibmaschinen

Roman von Christa Anita Brück

Copyright 1930 by Sieben Stabe-Verlag in Berlin

3. Fortsetzung

„Ihr macht mich wahnsinnig, alle miteinander“, schreit er und starrt auf einen Stahl. Auf seiner Stirn stehen helle Tropfen. Er hat das verheißene blutunterlaufene Auge eines wild gemachten Tieres. Ein lächerliches Nicken übertrifft mich. Ich sage aus diesem Nicken heraus etwas Ungeheuerliches: „Sie sind überreizt, Herr Kurawski. Sie müssen mal ein paar Tage ausspannen.“

„Ausspannen? Wie machen? Rascher als Dampf vor fremden Türen betteln?“

„Nein“, sage ich und denke, mein Ton wird ihm beunruhigend. „So böse wird das nicht gleich ausfallen. Sie müssen doch auch einmal Urlaub haben.“

„Urlaub? Also Fräulein, das Wort gibt's bei mir überhaupt nicht. Bei mir wird gearbeitet, wenn Sie das noch gemerkt haben. Oder bilden Sie sich vielleicht ein, Sie könnten hier wochenlang saulenzen im Sommer?“

„Ich bleibe ruhig.“

Wir sprachen von Ihnen, Herr Kurawski, nicht von mir. Aber selbstverständlich nicht auch mir nach dem Geheiß oder Lärm eine bestimmte Urlaubszeit zu.“

„Rings um mich her erharren die Genähten.“

„Da, da packen Sie man gleich Ihre Sachen, wenn Sie mit mir dem Geheiß kommen. Leute, die immer gleich das Geheiß bei der Hand haben, kann ich in weitem Vertriech nicht gebrauchen. Dar mich gibt's kein Geheiß, verzeihen Sie. Geheiß, Posten, Geruch, solche Begriffe erkenne ich überhaupt nicht an.“ Das Wort scheint ihm verdammt in die Ohren zu sprechen zu sein.

alle wissen und jeder zu verraten sich hütet. Ich unterwerbe Frau Zuhl, Fräulein Gauda, die kleine niedliche Lindner. Sie wissen zu schweigen und so gründlich zu schweigen, daß keinerlei Deutung in Blick, Haltung oder Miene gerät.

Kurawski hatte seine Spitzel unter den Angestellten. Welche sind es? Niemand weiß es. Fräulein Gauda ist sich nicht ganz klar über Frau Zuhl, Frau Zuhl nicht unbedingt über die Lindner. Fräulein Lindner hütet sich vor der Schwärmerei und die Schwärmerei weiß, daß ihre Freundin, die Telefonistin, sie für fünf Mark an Kurawski verraten würde.

Das allerschlimmste Mißtrauen besteht gegen mich. Ich habe noch nicht betworen, wie ich zu Kurawski gehe. Ledo schließt auf Summipöhlen von einer Tür zur andern und lauscht. Kurawski selbst paßt auf wie ein Luchs.

„Was erzählt Ihnen da eben die Zuhl?“

„Ich habe mir das Fräuleinlouis angesehen.“

„Was macht Sie denn da solche Leichenbitternien?“

„Sie hat Ihnen doch lange Enden vorgelesen.“

„Die Kunden werden ihre Frachten nicht ab.“

„Ich ich ich, Sie wollen die Zuhl nicht reinlegen. Denn ich rassistriege, daß sie quatscht, fliegt sie unweigerlich an die Zuhl.“

Eine halbe Stunde später geschieht das mit Fräulein Lindner, das Besessene, Unabwärtige und Verbötene.

Im Hof ruft ein Händler Koppel aus. Die kleine Lindner reißt sich aus dem Fenster.

„Sagen Sie mir zwei Pfund ab, ich komme ranter“, ruft sie und eilt davon.

ander und geht hinaus. Auch sie läßt die Türen hinter sich offen. Ihre Abzüge klappern die Stufen hinunter. Jetzt muß sie sichergeblieben sein.

Frau Zuhl schließt an ihrer Kaffeetasse. Ihr Gesicht ist wertwändig rot angelaufen. Ich sehe, wie sich lautlos die Tür zum Privatkontor öffnet, um einen winzigen Spalt bloß.

Durch diesen Spalt kann man Frau Zuhl beobachten. Sie zählt ihr Geld, hält die Augen auf die Päckchen gefenkt und murmelt mit den Lippen.

Die Tür schließt sich wieder, geisterhaft. Nun drückt Frau Zuhl die Hand aufs Herz und ringt nach Atem, als wäre sie um Tod und Leben gelauten.

Die Gauda kommt zurück. Sie geht an den Platz der Lindner und rafft deren wenige Habseligkeiten zusammen, ein Kämmchen, das Taschentuch, zwei eingewickelte Schnittten und die Handtasche.

„Haben Sie einen Mantel?“ fragt sie flüsternd die Zuhl. Die wirft einen zerbeßten Blick nach der Tür zum Privatkontor und legt den Finger auf den Mund.

Auch die Schwärmerei hat keinen Mantel mit. Es ist warm heute.

„Ich nehme den Schlüssel zu meinem Garderobenschrank und gehe der Gauda voran.“

„Ich muß wissen, was passiert ist“, sage ich, ehe ich ihr den Mantel gebe.

Sie ist ihr jetzt in das junge Gesicht schaue, erkenne ich deutlich: alle Härte, alle Unfreundlichkeit und Schwermut dieses Mädchens ist nichts weiter als niedergerungene Qual.

„Sie hat sich ihr Kleid zerrissen“, sagt sie und beschwört mich mit flehendem Blick.

Es ist alles, was ich aus ihr heraushole. Junge Lindner kommt nicht mehr wieder. Niemand fragt. Kurawski hat acht Tage lang ein Gesspflaster vom rechten Auge bis zum Kinn. Auch davon wird nicht gesprochen.

(Fortsetzung folgt.)

muss man gegenüber diesen Angriffen auf die französischen Sozialisten doch stehen. Wie war es doch früher? Jeder-mann weiß, dass gerade die D. N. N. immer behauptet haben, nur die deutsche Sozialdemokratie sei international eingestellt, wogegen die Sozialisten aller anderen Länder ebenbürtige Nationalisten wie ihre Ausbeuter seien und auf die zu völliger Machtlosigkeit verdammt internationale piffen. Auf einmal, in dem Augenblick, da Herr von Papen in Lausanne mit seinem Schauspiel nicht mehr weiter kann und man einen Schuldigen braucht, entdecken die D. N. N., dass die sonst so „ohnmächtige“ Internationale ihre Hand im Spiele habe und solche Macht besitze, dass sie die Reparationsregelung verhindern und die ganze internationale Politik zum Scheitern bringen kann. Um marxistischen Landesverrat „beweisen“ zu können, wendet man eben einmal dieses, das andere Mal jenes Mittel an, mag sich beides auch noch so widersprechen.

Nun wissen die D. N. N. natürlich sehr gut, dass die so viel beschimpfte zweite Internationale bereits im Jahre 1922 die Streichung von Reparationen und internationalen Schulden verlangt, dass sie diese Forderung erst 1931 in Wien wiederholt hat, und dass nur mit ihrer Hilfe es den bisherigen deutschen Regierungen möglich gewesen ist, die Wilt-dung der Bestimmungen von Versailles, die Befreiung des Rheinlandes usw. zu erreichen, und dass sie stets die stärkste Stütze für die Erfüllung gerechter deutscher Forderungen gewesen ist. Es ist ja eine der vornehmsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie wie auch der Sozialisten der übrigen Staaten für den Weltfrieden und die Völkerverständigung zu kämpfen, ungeachtet dessen, was für Regierungen in den einzelnen Ländern am Ruder sind. Niemand ist eine sozialistische Partei, geschweige denn die deutsche Sozialdemokratie einer Regierung in den Rücken gefallen, die eine Besserung von Verträgen und ungerechter Bestimmungen erstrebt. Niemals auch hat die deutsche Sozialdemokratie oder irgendeine andere demokratische Partei Deutschlands Telegramme des Inhalts nach Genf geschickt, dass die Regierung die im Begriff war schwierige Verhandlungen für Deutschland zu führen, keine rechtmäßige Vertretung des deutschen Volkes sei. Das bekamen nur die „nationalen“ Kreise gegenüber den früheren Regierungen fertig, wie der bisherrige Reichskanzler Brüning dieser Tage treffend in seiner Rede in Köln feststellte. Die Leute, die vom „marxistischen Landesverrat“ reden, mögen sich an ihre eigene Brunn schlagen und erröten, sofern sie noch dazu fähig sind.

Wie die erneuten Verdächtigungen der D. N. N. gegen die Sozialdemokratie auch von neutraler Seite gewertet werden, beweist ein Artikel, in dem das Danziger Zentrum-organ, die „Danziger Landeszeitung“, ausführlich Stellung nimmt. Dem „verfälschten Naziblat“, wie die D. N. N. darin genannt werden, erklärt die „Landeszeitung“ unter anderem wörtlich: „Die deutschen Sozialdemokraten haben in dem verkümmerten Jahrzehnt genügend bewiesen, dass sie Verantwortungsbewusstsein und auch Verantwortungsbereitschaft besitzen, sie haben in mühevoller praktischer Arbeit für Deutschland und das deutsche Volk jedenfalls mehr geleistet als die Patentnationalen mit ihren großen Worten und ihrer Enthaltung von jeder praktischen Ausbarmarbeit.“ — Die „Danziger Neuesten“ werden sich das nicht hinter den Spiegel stecken.

Nazis verprügeln Polizei

Wilde Ausschreitungen in Frankfurt am Main.

In Frankfurt a. M. kam es am Freitag zu Zusammenstößen zwischen Nazis und der Polizei. Im Anschluss an das Begräbnis eines kürzlich erschossenen SA-Mannes formierten Frankfurter Nationalsozialisten, die durch Lastwagentransporte von auswärts verstärkt worden waren, einen nicht angemeldeten starken Demonstrationzug durch das Stadtinnere. Am Hauptplatz stießen die Demonstranten einen Polizeioffizier mit acht Beamten zur Seite, die vergeblich die Auflösung des Zuges forderten. Die SA-Leute schalteten auf Kommando die Schulterrücken ab und schafften sich Platz, indem sie auf die Beamten einschlugen. Der Demonstrationzug widersetzte sich auch allen späteren polizeilichen Anordnungen. Unter lautem Schreien und unter Beschimpfungen gegen die Polizei marschierten die Nazis durch die Straßen und überfielen politische Gegner. Die Polizei beschränkte sich darauf, mit den Anführern zu verhandeln. Erst gegen 11.30 Uhr räumten die SA-Leute den Platz. Im Anschluss an die Demonstration wurde auf dem Frankfurter Flughafen kurz vor der Abfahrt des Flugzeuges nach Berlin der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Becker verhaftet. Er war der Anführer der verbotenen Demonstration.

Hessische Präsidentschaftswahl gescheitert

Verhandlungen zwischen Nazis und Zentrum — Neuer Wahltermin

Der hessische Landtag vertagte am Freitag die Wahl des Staatspräsidenten auf den 11. Juli. Am Freitag stimmten für den Nazi-Landtagspräsidenten Werner als Ministerpräsident die Nazis, der Deutschnationale und die beiden Abgeordneten der Einheitsliste, insgesamt 35 Abgeordnete. Der Kandidat der Sozialdemokratie, Staatspräsident Abelung, erhielt 17, Finanzminister Kirnberger vom Zentrum 10 und der kommunistische Abgeordnete Keil 8 Stimmen der SPD und der Spalder. Nach zweifelhafter Verhandlung zwischen Nationalsozialisten, Zentrum und den Vertretern der Splittergruppen erfolgte die Vertagung des zweiten Wahlganges. Die Nazis boten dem Zentrum die Beibehaltung Kirnbergers als Finanzminister an, während sie selbst den Staatspräsidenten und Innenminister verlangten. Darauf ist das Zentrum, das offenbar bis nach der Reichstagswahl Zeit gewinnen möchte, nicht eingegangen.

Wieder zwei Todesurteile vollstreckt

Auf dem Hofe des Bezirksgerichts in Romm (Polen) sind zwei polnische Bauern durch den Strang hingerichtet worden. Beide Bauern wurden vom Standrecht wegen Spionage zuunutzen Russlands zum Tode verurteilt. Der Staatspräsident hatte eine Begnadigung abgelehnt.

Reinwahl in Thüringen. Die sozialdemokratische Fraktion hat im thüringischen Landtag einen Antrag auf sofortige Auflösung des Landesparlamentes eingebracht. Es ist damit zu rechnen, dass der Antrag angenommen wird. Es soll dann versucht werden, die Reinwahl des Landtages mit der Reichstagswahl am 31. Juli vorzunehmen zu lassen.

Die anspitzige Ueberchrift. Der Reichsinnenminister hat an den preussischen Innenminister das Ersuchen gerichtet, die „Schleifische Bergwacht“ auf fünf Tage zu verbieten. Zur Begründung wird ausgeführt, dass die „Schleifische Bergwacht“ einen Artikel über die Ablehnung des „Vorwärts“-Verbots durch den preussischen Innenminister gebracht hat mit der Ueberchrift: „Sebering objektiv Galt“. Der preussische Innenminister hat dem Ersuchen des Reichsinnenministers nicht entsprochen, sondern den Antrag an das Reichsgericht weitergeleitet.

Annexie in Oldenburg. Das oldenburgische Staatsministerium hat aus Anlass des Regierungswechsels eine Annexie für Vergehen und Uebertretungen, die aus politischen Beweggründen begangen sind, erlassen.

Die fendale „Arbeiterpartei“. Hitler hat neuerdings die 120 Zimmer des Münchener Hotels „Reichsadler“, früher Savoy, für einige Jahre gemietet, um hier die Bürokratie seiner Reichsleitung unterzubringen.

Wann ist es so weit?

Einheitsfront der Arbeitnehmer

Wie sie zu erreichen ist — Und was ihr im Wege steht

„Bildet die Einheitsfront“ — das ist der Gedanke, der auch in Danzig die Arbeitnehmerschaft aufs tiefste bewegt. Zur Abwehr des Faschismus, zur Ueberwindung der Reaktion, so hat man endlich erkannt, ist es notwendig, alle Kräfte der Arbeitnehmerschaft zusammenzufassen und mit vereinten Kräften die Gegner des Aufstiegs der Arbeitnehmerschaft zurückzuschlagen.

Gemeinsame Not, gemeinsame Unterdrückung schaffen zwangsläufig den gemeinsamen Willen zur Abwehr.

Niemand von denen, die am verantwortlichen Stelle der größten politischen Vertretung des werktätigen Volkes, der Sozialdemokratie, stehen, wird das Wollen zum gemeinsamen Kampf, zur Führung einer einheitlichen Front ablehnen. Aber jeder sozialdemokratische Funktionär, der an verantwortlicher Stelle über den Aufstieg der modernen Arbeiterbewegung zu wachen hat, wird auch zu prüfen haben, wie weit das Wollen zur Bildung einer Einheitsfront von denen, die jetzt besonders laut danach rufen, ehrlich gemeint ist. Kein Zweifel soll daran erhoben werden, dass der einfache kommunistische Arbeiter, unbeschadet von der dem kommunistischen Funktionär anerkennenden Taktik der Verleumdung der Sozialdemokratie, sich freudigen Herzens in die Front stellen wird, an der der Faschismus zerschellen muss. Kein Zweifel, dass er ein Kampfanführer ist, auf den man sich verlassen darf. Aber alle Zweifel müssen erhoben werden gegen die kommunistischen Führer vom Schlage eines Plenkowski. Wenn diese Leute die Einheitsparole ausgeben — und sie haben sie ja schon mehrfach ausgegeben — dann müssen sie mit aller Eindringlichkeit gefragt werden:

Was bezwecken sie damit?

Sind sie bereit, alle Lügen gegen die SPD. und die freien Gewerkschaften einzustellen, sind sie bereit, unter ihre Verantwortung einen dicken Strich zu ziehen, sind sie bereit, fortan den kommunistischen Arbeitern klar zu machen, dass alle Angriffe gegen die sozialdemokratischen Führer nur einer Verleumdungsstunde entsprungen, sind sie bereit, ihren Anhänger zu erklären, dass die Sozialdemokratie nicht der „Hauptfeind der Arbeiterklasse“ ist???

Jeder Sozialdemokrat lege sich diese Frage vor und prüfe an Hand der Ereignisse der letzten Zeit, ob die kommunistischen Führer wirklich das meinen, was sie sagen. Jeder überlege sich, ob diese „Einheitsfront“ etwa so aussehen kann wie neulich in der großen Versammlung der Sozialdemokratie in der Messehalle, wo unter dem Geschrei „Einheitsfront“ die verhassten Kommunisten die sozialdemokratische Kundgebung zu stören versuchten. Wo sich Szenen abspielten, die wir hier nicht erwähnen wollen, die aber jedem, der wirklich die Einheitsfront will, die Schamröte ins Gesicht steigen ließ. Wir haben uns die Einheitsfront jedenfalls ganz anders vorgestellt als neulich in der Messehalle. Wir können

nicht einsehen, dass der Gedanke der Einheitsfront dadurch gefördert wird, dass man sozialdemokratische Medner zu stören versucht,

dass man auf sozialdemokratische Versammlungsbesucher einschlägt und das „Wort an die Freiheit“ verächtlich

Bürgermeister Reek und der Direktor

Ein Einblick in Reuteicher Verhältnisse

In Reuteich spielen es die Spaten von den Dächern, dass der Direktor der Zuckersabrik, Nazi Dr. Gärtner, am liebsten Pfg als Arbeiter in seinem Betrieb sieht und nach besten Kräften auf die politische Reinheit der Belegschaft der Zuckersabrik achtet. Erst kürzlich stellte das Gericht fest, dass der Pförtner der Reuteicher Zuckersabrik zwei Arbeitern erklärte, in dem Betrieb würden nur Nazis eingestellt.

Eines Tages geschieht folgendes: Von der Zuckersabrik wird der Buchhalter mit einem Stroh Mietvertrag zum Bürgermeister Reek geschickt, der sie mit seiner Unterschrift genehmigen soll. Der Bürgermeister sieht, es handelt sich um die Vermietung von Arbeiterwohnungen der Fabrik, stellt auch fest, dass der Vertrag unbillige Härten enthält, z. B. die:

Bei Kündigung des Arbeitsverhältnisses hat der Wohnungsinhaber sofort mit seiner Familie die Wohnung zu räumen.

Mit anderen Worten: er fliegt sofort auf die Straße, mit Sach und Pfd und Kind und Kegel. Bürgermeister Reek genehmigt die Mietverträge nicht. Er ist zu solch einer Genehmigung auch gar nicht befugt, sie ist Sache des Einigungsamtes. Er nimmt ferner an, dass die Direktion der Zuckersabrik genau über seine Nichtzuständigkeit informiert ist, aber seine Unterschrift haben will, um den noch zögernden Mietern das Unterschriften der Verträge „leichter“ zu machen mit dem Hinweis: Wenn der Bürgermeister Reek das unterzeichnet hat, braucht ihr euch doch nicht erst lange zu besinnen...

Der Bürgermeister macht den Buchhalter der Zuckersabrik nach solchen Ermahnungen erregt auf den erwähnten Passus der Verträge aufmerksam, und der Buchhalter versucht dem Bürgermeister einzureden, Entlassungen kämen überhaupt nicht vor. Nun ist dem Bürgermeister aber ein Fall bekannt, der nur kürzere Zeit zurückliegt. Ein junger Maschinenführer mit politischer Schätzung ist entlassen worden ohne recht ersichtlichen Grund, — oder doch, man ahnt den Grund: der an sich tüchtige Handwerker ist freigewerkschaftlich organisiert und passt darum nicht in die Zuckersabrik. Reuteich ist nicht so groß, als dass man nicht in diesem Sinn über die Entlassung des Schlossers spräche. Bürgermeister Reek hält dem Buchhalter der Zuckersabrik diesen viel besprochenen Fall einer Entlassung vor und meint, wenn jener sich schriftlich verpflichtet hätte, Nazi zu werden, so hätte man ihn wohl behalten. Als Dr. Gärtner, der Direktor, das erfuhr, fiel ihm ein Stein aus der Krone. Und da Reek in einer Zimmererversammlung in Ladestopp ebenfalls den Fall geschildert hatte, strengte der Direktor Privatklage wegen übler Nachrede in zwei Fällen an. Wegen der Auslagen in der Zimmererversammlung wurde von dem Reuteicher Gericht auf Freispruch, wegen des Gespräches mit dem Buchhalter jedoch auf 50 Gulden Geldstrafe erkannt, obwohl es in der Urteilsgründung ausdrücklich heißt:

dass Dr. Gärtner gar nicht in Abrede stellt, nur Nazis einzustellen.

Gegen das Urteil hatte Reek Verurteilung eingelegt, die gestern unter dem Vorsitz von Dr. Dräger verhandelt wurde — ohne Erfolg, wie gleich verraten werden kann, obwohl die Zeugenausagen und Ausführungen des Verteidigers über die Verhältnisse in der Zuckersabrik Reuteich auf die beiden Schöffen nämlich starken Eindruck gemacht hatten.

veröffentlicht, die einfach erlogen sind. Wir glauben auch nicht, dass man in der Sozialdemokratischen Partei Verständnis dafür aufbringen kann, dass man zu der gleichen Zeit, in der man sich um die Einheitsfront bemüht, von den Kommunisten die alten infamen Verleumdungen gegen die SPD-Führer weiter verbreitet werden.

Oder steht etwa so die Einheitsfront aus, wie man sie auch drüben im Reich herzustellen versucht? Glaubt man die antisozialistische Aktion dadurch zu verbreitern, dass der kommunistische Führer Thalmann in dem Hauptorgan „Die rote Fahne“ am 25. Juni folgendes schrieb:

„Antisozialistische Aktion — das heißt unerwünschte tägliche Entlarvung der schamlosen Verräterrolle der Führer der SPD. und des KPD, die sich gerade jetzt als die schamhaftesten Helfer des Faschismus offenbaren.“

Ist das die Einheitsfront? Dafür muss sich jeder Klassenbewusste Arbeiter allerdings mit allem Nachdruck bedanken. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie muss eingestellt werden. Das ist die erste Voraussetzung. Aber das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Deutschlands hat sich ausdrücklich dazu bekannt, diesen Kampf hemmungslos fortzusetzen. In einer Erklärung vom 20. Juni 1932 sagt die kommunistische Parteizentrale:

„Die Kommunisten erklären dabei ganz offen, dass sie nicht daran denken, den Parteien, mit deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangte, einen „Burgfrieden“ zu gewähren, wie es die SPD. und KPD-Führer wünschen, weil sie um ihre Mandate zittern... Es gibt für die Kommunisten keinen „Burgfrieden“ mit Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse.“

Diese Erklärung ist unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Einheitsbestrebungen in der Arbeitnehmerschaft von der höchsten Instanz der KPD. abgegeben worden.

Die einheitliche Abwehrfront der politischen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung ist nur denkbar, wenn alle Beteiligten freiwillig darauf verzichten, die Kampfgenossen in entehrender Weise anzugreifen. Der Verzicht auf böswillige Vermengung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ist die Mindestbedingung, die die kommunistische Partei erfüllen muss.

Tut das die kommunistische Partei nicht, so zeigt sie auf das deutlichste, dass sie mit der Parole der „Einheitsfront“ nur Parteigeschäfte machen will, um den Niedergang aufzuhalten. Dazu wird aber die Sozialdemokratie nie die Hand bieten können.

Die Frage der Einheitsfront ist mit einem Schlag zu lösen.

Nämlich dann, wenn die kommunistische Partei gegenüber der Sozialdemokratischen Partei genau so handeln würde wie die Sozialdemokratie gegenüber der KPD. Dann gäbe es keine Vermengungen, keinen Bruderkampf, dann gäbe es, wie auch in einer Resolution aus Joppot gefordert wird, einen Burgfrieden zwischen den beiden Parteien. Dann würde praktisch die Einheitsfront da sein, die sich heute mehr denn je im politischen Kampf als notwendig erweist.

Nächtlicher Ueberfall in Praust

Hinterlässt niedergeschlagen — Mit Totschläger und einer Kette bearbeitet

Ein gemeiner Ueberfall, der sich in der Nacht von Sonntag zu Montag in Praust ereignete, ist jetzt erst aufgeklärt worden, da der Ueberfallene längere Zeit besinnungslos war. Inzwischen hat sich eine Anzahl Zeugen gemeldet, so dass die gemeine Tat in ihren Einzelheiten klargestellt ist.

Walter Richter aus St. Albrecht, der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Jugend St. Albrecht, befand sich am Sonntagabend in Praust auf einem Vergnügen, das er gegen 12 1/2 Uhr zusammen mit einem Mädchen verließ. In einer dunklen Ecke in der Nähe des Lokals Arestin, wo um die Weihnachtszeit die Plaster SA. zwei politische Gegner überfiel, stießen die beiden auf den Stahlhelmer Hans Kamin, der auf das Mädchen einen Groll hatte. Er beschimpfte sie in unflätigster Weise und nannte Richter einen „roten Hund“. Das ließ sich H. selbstverständlich nicht gefallen und im Nu war eine Prügelei im Gange. Der Stahlhelmer schnitt dabei nicht gut ab, was ihn veranlasste zu rufen: „Front Heil! Kameraden, helft mir!“ Auf diesen Ruf stürzten drei Personen, die sich so lange hinter Bäumen versteckt gehalten hatten, auf Richter von hinten los und schlugen mit „Zammchen“ auf ihn ein. Einer von diesen dreien ist genau erkannt worden. Oberg Kuschel aus Praust, so erklären Augenzeugen übereinstimmend, schlug mit einer mit Leder bezogenen Eisenkette, wie sie in Eisenbahnwagen als Halteketten dienen, und auch von Nazis gern als Hiebwaaffe benutzt werden, auf Richter ein. Durch die Schläge mit der Eisenkette und dem „Zammchen“ brach Richter bewußtlos zusammen. Der ganze Kopf war mit Wunden und Beulen bedeckt. Auch der Körper weist Spuren schwerer Mißhandlungen auf.

Besinnungslos schaffte man den jungen Mann auf einem Fuhrwerk in die elterliche Wohnung, wo ihm ärztliche Hilfe zu teil wurde. Noch am Montagmorgen war H. benutzlos. Erst allmählich hat er sich von den schweren Mißhandlungen soweit erholt, daß er eine Darstellung von den Vorgängen geben konnte, die sich vor dem feigen und hinterlistigen Ueberfall ereigneten. Das Niederstrecken des H. durch die drei Personen, die sich hinter den Bäumen versteckt hielten, ist von einer Reihe von Augenzeugen beobachtet worden. Da auch der Name des einen Beteiligten bekannt ist, dürfte es der Polizei nicht schwer fallen, auch die übrigen Beteiligten festzustellen und die Rohnstadt reitlos zu klären.

Wasserstandsrichten der Stromweiche

am 9. Juli 1932

	7. 7.	8. 7.	7. 7.	8. 7.
Prakar	—2,94	—2,97	Romg Saag	+1,20 +1,21
Jamisch	+1,04	—1,00	Przemysl	—2,14 —2,15
Barichan	+1,00	+0,95	Waglaw	—0,06 —0,08
Blod	+0,62	+0,62	Burkult	+0,42 +0,40
			gestern	heute
Thorn	+0,53	+0,55	Konauerpitz	+0,14 +0,10
Fordon	+0,54	+0,53	Biedel	+0,02 +0,05
Salm	+0,40	+0,37	Dirichau	+0,10 0,13
Braudenz	+0,51	+0,50	Einlage	+2,28 +2,22
Przewod	+0,82	—0,76	Schienenort	+2,50 +2,46

Verantwortlich für die Redaktion: Fritz Weber für Interat
Lion Hosten, beide in Danzig. Druck im Verlag „Danziger
Druckerei und Verlagsanstalt m. B. O. Danzig, am Spandauer 6

